



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLENS WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DER KRISE

■ ANALYSE	
Polen: Wirtschaftlicher Stabilitätsfaktor in Ostmitteleuropa?	2
Gunter Deuber, Frankfurt/Main und Anna Wolf, Berlin	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Makroökonomische Indikatoren: Polen	7
Wirtschafts- und Banken Kennzahlen im internationalen Vergleich	12
■ UMFRAGE	
Das Verhältnis zur Regierung Tusk und zur Mitgliedschaft in der EU	19
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 15. September bis zum 05. Oktober 2009	22

Analyse

Polen: Wirtschaftlicher Stabilitätsfaktor in Ostmitteleuropa?

Gunter Deuber, Frankfurt/Main und Anna Wolf, Berlin

Zusammenfassung

Im Vergleich zu anderen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern (MOEL = Mittel- und Osteuropa) und dem Gros der EU-15 Länder Westeuropas erscheint Polens Volkswirtschaft bemerkenswert stabil. Diese Position sollte jedoch nicht überschätzt werden. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat Schwächen offenbart, die entschlossener Reformierung bedürfen. Innenpolitische Konstellationen erschweren jedoch eine aktive Reformpolitik. In einem optimistischen Szenario könnte Polen dennoch als relativer wirtschaftlicher Krisengewinner und erfolgreicher Reformierender glaubwürdig versuchen, die wirtschaftliche EU-Agenda zu prägen.

Die polnische Volkswirtschaft hat bis dato wenig Schaden durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise genommen, vergleicht man sie mit den großen aufstrebenden Ökonomien wie Brasilien, Mexiko, Russland, Südafrika oder der Türkei, den anderen neun MOEL in der EU sowie dem Gros der EU-15 Staaten. Polen wird 2009 in seiner Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), zulegen. Der polnische Staat hatte im Jahresverlauf nahezu uneingeschränkten Kapitalmarktzugang. Dies galt auch vor Beantragung der Flexiblen Kreditlinie (Flexible Credit Line, FCL) beim Internationalen Währungsfonds (IWF) im Mai 2009, wobei der FCL-Zugang wegen seiner restriktiven Kriterien als Bestätigung von Solidität zu werten ist. Darüber hinaus spiegelt sich die solide Position des polnischen Staates auch in der Versicherungsprämie für Staatsrisiken am Finanzmarkt wider. Diese liegt für Polen unter dem Wert für Irland und auf gleichem Niveau wie für Griechenland. Das ist beachtlich, denn risikoseitig gilt, dass die beiden Eurozonen-Mitglieder de facto über eine Eurozonen-Hilfsgarantie verfügen und sich im Gegensatz zu Polen in der eigenen Währung und einer der wichtigsten Weltwährungen, dem Euro, Kapital beschaffen können.

Breite Stabilitätsorientierung

Die positive wirtschaftliche Lage Polens basiert auf vier Pfeilern. Erstens ist das Land solide gewachsen. Dies zeigen die Nachfragekomponenten zum BIP-Wachstum von 2000 bis 2008. Der Beitrag von privatem und öffentlichem Konsum gehörte zu den höchsten der industrialisierten MOEL-5 (Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien und Polen), ohne in Extreme wie in Bulgarien, Rumänien oder den baltischen Staaten auszuschlagen. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, der Nettoexporte, war von 2000 bis 2008 leicht positiv. Dies zeigt, dass die polnische Volkswirtschaft strukturelle Charak-

teristika mit den anderen MOEL-5 teilt und eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit aufweist. Nur von 2004 bis 2008 rutschte der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte in den leicht negativen Bereich. Jedoch blieb das Niveau des Handelsbilanzdefizits moderat und es fand keine Akkumulation von immensen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten statt. Zudem hat Polen nicht so stark wie andere MOEL auf eine Kreditexpansion gesetzt. Der Grad der Finanzintermediation (Kreditbestand in Prozent des BIP) und dessen Expansion sind bzw. waren geringer als in fast allen MOEL. Damit ist Polen zwar weniger stark gewachsen als einige andere MOEL – der Anteil Polens am aggregierten BIP der MOEL ist von 44 % im Jahr 2000 auf 37,7 % im Jahr 2008 gesunken. Dafür ist Polen aber heute durch einen soliden makroökonomischen Datenkranz gekennzeichnet; das Wachstumsmodell steht nicht unmittelbar unter Anpassungsdruck.

Zweitens ist die polnische Volkswirtschaft durch strukturelle Gegebenheiten besser als andere Ökonomien vor externen Schocks geschützt. Als große und aufstrebende Ökonomie profitiert das Land von der hohen Bedeutung der Binnennachfrage bzw. des heimischen Konsums für die Gesamtnachfrage. Der Außenhandel ist von geringerer Bedeutung als in anderen MOEL und einigen EU-15 Ländern, was sich durch die Größe des Binnenmarktes erklärt. Zudem weisen Polens Exporte einen höheren Differenzierungsgrad als in anderen MOEL auf.

Drittens hat Polen erfolgreiche Stabilisierungsmaßnahmen umgesetzt. Die Regierung und die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) haben sich zunächst um die Sicherung der Liquidität im Bankensektor gekümmert, und zwar durch die Vereinbarung von Swaplinien mit wichtigen westlichen Zentralbanken, die Senkung der Mindestreserveanforderungen und die genaue Überwachung der Liquidität heimischer

Banken. Die NBP hat ihren geldpolitischen Spielraum, ermöglicht durch die gesamtwirtschaftliche Stabilität, zu Leitzinssenkungen genutzt. Umfangreiche diskretionäre Ad-hoc-Konjunkturprogramme (à la deutsche »Abwrackprämie«) wurden nicht aufgelegt. Nur die bereits verabschiedeten allgemeingültigen Steuersenkungen wurden im Sinne einer antizyklischen Fiskalpolitik beibehalten. Diese Anti-Krisenpolitik führt – zusammen mit einer hohen Ausgabenneigung der lokalen Selbstverwaltungen – zu einem Budgetdefizit, das 2008 deutlich höher war als geplant und in den Jahren 2009 und 2010 ebenfalls zu Korrekturen der Prognosen führen wird. Im Juli 2009 wurde ein EU-Defizitverfahren gegen Polen eröffnet; allerdings ist die Strategie einer temporär stark expansiven Fiskalpolitik bis zu einem gewissen Grad rational. Die Budgetausweitung zielt neben einer auf Steuerausfällen basierenden Stärkung der privaten Nachfrage auch auf eine die binnenwirtschaftliche Nachfrage stabilisierende Hebelung von EU-Geldern ab. Dies erfordert eine Ko-Finanzierung und in manchen Fällen auch eine Projektfinanzierung bzw. Vorfinanzierung.

Viertens hatte Polen Glück in Bezug auf den Zeitpunkt der globalen Krise. Während andere MOEL über Jahre einen extrem extern und kreditfinanzierten Wachstumspfad beschritten, schwenkte Polen erst ab 2005 auf diese Linie ein. Vorher musste – vor allem im Bankensektor – die Rezession von 2001/02 und ihre Folgen verarbeitet werden, was vor allzu großem Optimismus schützte. Zudem hat die Polnische Nationalbank in den letzten Boomjahren rasch die Kreditanforderungen bei der Vergabe von Fremdwährungs- bzw. Immobilienkrediten erhöht. In der kurzen Zeitspanne bis zum 4. Quartal 2008 – dem Zeitpunkt des Übergreifens der globalen Krise auf die MOEL – konnten keine erheblichen wirtschaftlichen Ungleichgewichte aufgebaut werden.

Positive direkte und indirekte externe Effekte auf MOEL und die EU

Alles in allem profitiert Polen von einer Stabilitätsorientierung im privaten und öffentlichen Sektor, die höher ist als in den meisten anderen MOEL. Diese Ausrichtung auf Stabilität im öffentlichen Sektor zeitigte beispielsweise Schuldenlimits, wie sie Ungarn oder auch Deutschland erst im Zug der Finanzkrise einführen. Durch seine relative wirtschaftliche Stabilität übt Polen positive externe Effekte aus, zum Beispiel wird damit einer tiefen Vertrauenskrise in die MOEL vorgebeugt. Davon profitieren wiederum europäische bzw. Eurozonen-Banken, die mit 90 % die globalen grenzüberschreitenden Ausleihungen in die MOEL (insgesamt etwa 900 Milliarden USD) dominieren. Die Eigenschaft als Sta-

bilitätsanker wird auch durch die Rolle Polens auf den internationalen Finanzmärkten deutlich: Polen ist hier das einzige MOEL mit globaler Bedeutung. International gehandelte polnische Anleihen in US-Dollar, Euro oder Schweizer Franken (vorrangig Staatstitel) machen mit 43 Milliarden USD etwa 9 % aller international notierten Anleihen aus. Damit ist Polen ein Schuldner auf Augenhöhe mit Brasilien, Mexiko oder der Türkei. Auch die Forderungen internationaler und eben europäischer Banken gegenüber polnischen Schuldnern sind substantiell. Unter allen aufstrebenden Volkswirtschaften Europas (inklusive Russland und der Türkei gemäß Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) steht Polen mit 243 Milliarden USD bzw. 18 % aller Ausleihungen in die Region für den höchsten Einzelposten in den grenzüberschreitenden Bankausleihungen. Global gesehen stehen diese 243 Milliarden USD für 6 % aller grenzüberschreitenden Bankforderungen. Durch seine makroökonomische Stabilität wirkt Polen vor allem indirekt als Stabilitätsanker für die MOEL, die zu Jahresanfang stark unter einer Negativstimmung in der externen Wahrnehmung gelitten haben. Wäre auch Polen hart von der Krise getroffen, dann hätte sich diese Situation aller Voraussicht nach noch verschärft. Indirekt übt Polen als siebtgrößte Volkswirtschaft der Gesamt-EU und aufgrund der Verflechtungen mit den Ländern der EU-15 auch eine stabilisierende Wirkung auf die EU-27 aus. Die direkten stabilisierenden Effekte auf andere MOEL sind gering, da diese Länder wirtschaftlich sehr stark auf Westeuropa ausgerichtet sind.

Trotz seiner Verdienste um die wirtschaftliche Stabilität darf nicht ausgeblendet werden, dass Polen ein direkter und indirekter Profiteur der fiskalischen Expansion westeuropäischer EU-Mitglieder und vor allem Deutschlands ist. Die aus internationaler Perspektive hohe ausländische Beteiligung im Bankensektor hat dazu beigetragen, dass riskante und komplexe internationale Geschäfte auf der Ebene der Mutterbanken getätigt wurden. Zudem hat die mittelmäßige Einschätzung des allgemeinen Geschäftsklimas im Vergleich zu einigen anderen MOEL einer wirtschaftlichen Überhitzung vorgebeugt. Vor allem sollte die aktuelle Stabilität in Bezug auf ihre mittelfristige Wirkung nicht überschätzt werden: Nach Wachstumsraten von 4 bis 6 % fühlt sich ein Wirtschaftszuwachs um die 1%-Marke in Polen wie eine Rezession an, zumal sich der private Konsum weiter abschwächt und jüngst die wirtschaftliche Expansion fast nur durch die Nettoexporte bzw. ein stärkeres Schrumpfen der Importe als der Exporte gekennzeichnet war.



Stabilisierung bedeutet nicht Rückkehr zu Vorkrisenzeiten

Alles in allem scheut die Regierung bis dato davor zurück, das Land auf eine Zeit niedrigeren Wachstums vorzubereiten. Dies ist allerdings das wahrscheinlichste Szenario. Absehbare Belastungen im Bankensektor durch steigende Risikovorsorgepositionen werden den noch starken Kreditimpuls abschwächen. Die Impulse der Fiskalpolitik und Steuererleichterungen werden demnächst auch schwächer. Des Weiteren hat die globale Krise einige mittelfristig wirksame ökonomische Schwachstellen in Polen aufgezeigt. Vor allem die Staatsfinanzen, verschleppte Strukturereformen und der Arbeitsmarkt sind in ihren Verflechtungen die Achillesferse der polnischen Volkswirtschaft. Die Friktionen auf dem Arbeitsmarkt lasten sowohl auf der Einnahmen- als auch Ausgabenseite der öffentlichen Finanzen. Damit ist die Budgetplanung rasch aus dem Ruder gelaufen. Denn trotz vordergründiger Konsolidierung konnte das zyklisch bereinigte Staatsdefizit in den Boomjahren nicht unter 2 bis 3 % des BIP gedrückt werden. Die rasche Verschlechterung der Fiskalposition ist vor allem auf eine erhebliche Rigidität der Staatsfinanzen zurückzuführen. Diese erklärt sich durch verschleppte Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Soziales und ist eine Ursache dafür, dass sich die automatischen Stabilisatoren in Polen auf dem Niveau der Eurozone befinden – ein hohes Niveau für ein Land dieser Entwicklungsstufe. Die dramatische Verschlechterung der Fiskalposition hat auch die ambitionierten Pläne der Regierung zur Einführung des Euro durchkreuzt.

Kurzfristig belastet wurde die polnische Volkswirtschaft auch durch die erhebliche Zloty-Volatilität. Die Stabilisierung des Kapitalmarktumfeldes und die FCL haben Entspannung gebracht; mittel- bis langfristig kann nur eine fiskalpolitisch glaubwürdige und erfolgreiche Eurostrategie die Anfälligkeit für hohe Währungsschwankungen innerhalb kurzer Zeit lindern. Die widersprüchliche Kommunikation zwischen der Nationalbank, der Regierung und dem Finanzministerium über die Einführung des Euro hat allerdings nicht dazu beigetragen, dass das Vertrauen in die wirtschaftspolitische Koordination in diesem Bereich und im Allgemeinen gestärkt wird. Da durch die FCL der Anreiz entfällt, den Zloty durch Euroeinführungsfantasien verbal zu stärken, wäre nun ein koordiniertes Vorgehen aller relevanten Akteure in der Eurofrage angezeigt.

Steiler Wachstumspfad benötigt

Die skizzierten strukturellen Schwächen gilt es anzugehen, um eine wirtschaftliche Erholung zu flankieren,

zumal Polen wegen seiner geringeren Handelsöffnung weniger als einige andere MOEL unmittelbar von der sich abzeichnenden konjunkturellen Stabilisierung in Westeuropa profitiert. Eine nachhaltige Erholung wird darüber hinaus nur möglich sein, wenn Polen auch seine im Vergleich zu den führenden MOEL sowie anderen großen aufstrebenden Ökonomien gravierenden strukturellen Schwächen überwindet. Hier wären vor allem folgende Bereiche anzugehen: Verbesserung des Geschäftsklimas bzw. der Wahrnehmung der Qualität der Regulierung im privaten Sektor, Verbesserung der Infrastruktur und Diversifizierung der Energieversorgung. In diesen Bereichen weist Polen nicht nur einen Rückstand gegenüber anderen MOEL auf, sondern auch im Vergleich mit anderen großen aufstrebenden Ökonomien wie den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China), Mexiko, Südafrika oder der Türkei. Die Wahrnehmung der Qualität der Infrastruktur und die Qualität der Infrastruktur (d. h. der Gütertransport in Relation zur Größe des Straßen- oder Schienennetzes) sind schlechter als in Ländern wie Mexiko oder Südafrika. Polen verbraucht mehr Energie pro Kopf als andere aufstrebende industrialisierte Volkswirtschaften. Die Abhängigkeit vom Energieträger Kohle ist sogar größer als in China, der Anteil erneuerbarer Energien ist der geringste unter den großen aufstrebenden Ländern. Die Qualität der Regulierung im privaten Sektor hinkt in Teilbereichen der in Südafrika, Mexiko und der Türkei hinterher. Auch die Erwerbsquote liegt, mit Ausnahme von Südafrika, unter dem Niveau der anderen großen aufstrebenden Ökonomien. Zudem wird Polen angesichts der Herausforderungen seiner demographischen Situation nicht nur auf Lohnkostenvorteile setzen können. In Bezug auf Forschungs- und Wissensintensität der Wertschöpfung hat Polen Aufholbedarf gegenüber den führenden MOEL und einigen großen aufstrebenden Volkswirtschaften.

Mittelfristig wird Polen im Vergleich zur EU-15 und den anderen MOEL sogar einen steilen Wachstumspfad einschlagen müssen. Derzeit ist Polen auf den Pro-Kopf-Wohlstand bezogen eines der ärmsten EU-Länder. Aktuell prognostizieren gängige Langzeitstudien, die auf Überlegungen zum Wachstumspotential basieren und die skizzierten Strukturschwächen berücksichtigen, jedoch keinen hinreichend steilen Wachstumspfad, der ein rasches Aufschließen in Aussicht stellt.

Mittelfristige Stabilität ohne Reformen?

Im Zuge der globalen Krise hat die polnische Regierung Handlungsfähigkeit bewiesen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nun der forcier-

ten Umsetzung tiefgreifender Strukturreformen bedarf, um mittelfristig Wachstum, politische Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Stabilität zu sichern. Derzeit ist die Wirtschaftspolitik noch durch ein Ad-hoc-Krisenmanagement – teils mit Inkonsistenzen – geprägt. Die Nationalbank wird unter Druck gesetzt, hohe Gewinne an den Staat auszuschütten und nicht ihre Reserven zu stärken, obgleich die zur Stärkung der Reserveposition beantragte FCL zunächst auf zwölf Monate befristet ist. Staatsnahe Betriebe sollen durch Dividenden oder Erlöse aus ihrer raschen Privatisierung Löcher im Budget stopfen. Einige Privatisierungen werden hinausgezögert, um Dividenden abzuschöpfen. Vor Steuererhöhungen schreckt die Regierung zurück, obwohl selektive Steuererhöhungen (evtl. kombiniert mit ökologischen Lenkungswirkungen) sinnvoll sein könnten.

Die skizzierten Ad-hoc-Maßnahmen sind kein Substitut für Strukturreformen, die bis dato innenpolitisch kaum durchsetzbar waren. Hier wäre eine Reformierung der sozialen Sicherungssysteme notwendig. Das umlagefinanzierte staatliche Rentensystem ist durch die Alterung der Gesellschaft, die hohe Zahl an Frührentnern sowie die hohe und steigende Arbeitslosigkeit einer wachsenden Belastung ausgesetzt. Die eingezahlten Beiträge reichen nicht aus, jedes Jahr müssen Mittel aus dem Staatshaushalt eingezahlt werden. Auch wenn es unter der amtierenden Regierung Initiativen gab, etwa das »Programm 50+«, sind weitere Reformen dringend nötig. Zudem wird im kommenden Jahr der Arbeitsmarkt weiter unter Druck geraten, während Polen schon heute eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, reflektiert in einer hohen Arbeitslosenquote mit einer hohen Sockel- bzw. Langzeitarbeitslosigkeit von etwa 45 % aller Arbeitslosen, kennzeichnet. Die Arbeitsmarktlage spiegelt zwei Phänomene wider. Erstens kennzeichnet Polen eine Mismatch-Arbeitslosigkeit, d. h. die Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen nicht den Erfordernissen des Marktes. Zweitens sind die Anreize einer Arbeit nachzugehen gering. Dies zeigen die drittniedrigste Erwerbsquote in der EU und der auf 25 % geschätzte hohe Anteil der Schattenwirtschaft an der Wertschöpfung. Die Regierung hat versucht, auf die Arbeitsmarktlage einzuwirken, und ein Antikrisenpaket geschnürt. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Förderung der Mitarbeiterausbildung werden bis zum 31. Dezember 2011 unterstützt; eine langfristige Lösung wurde jedoch nicht gesucht. Ins Gesamtbild der Arbeitsmarktfriktionen passt, dass der steuerlich begünstigte landwirtschaftliche Sektor in manchen Regionen die Funktion einer dualen Ökonomie mit Kleinbetrieben der Subsistenzwirtschaft wahrnimmt, wie es in anderen aufstrebenden Volks-

wirtschaften mit deutlich niedrigerem Entwicklungsstand der Fall ist.

Im Bereich der Gesundheitspolitik bedarf es ebenfalls Reformen. Derzeit werden Gesetzesinitiativen überarbeitet, beispielsweise zur Sanierung und Privatisierung der staatlichen Krankenhäuser, zur Zulassung privater Krankenversicherungen oder der Auflösung zentraler Gesundheitsfonds. Eine tiefgreifende Reformoffensive zeichnet sich noch nicht ab. Auch ein umfassendes Konzept zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, abseits der Debatte über Privatisierungserlöse und die Auflösung einiger staatlicher Behörden, ist bisher noch nicht erkennbar.

Eingeschränktes politisches Handeln

Ein entschlosseneres politisches Handeln wird durch zwei Faktoren eingeschränkt. Erstens besteht ein komplexes Machtverhältnis zwischen Regierung und Staatspräsident: Der direkt gewählte Staatspräsident hat ähnlich umfassende Kompetenzen wie das französische Staatsoberhaupt – er ernennt Minister und ratifiziert völkerrechtliche Verträge. Beschlüsse des Parlaments kann er mit einem Veto blockieren. Das Veto kann mit einer 3/5-Mehrheit des Parlaments aufgehoben werden. Dafür reichen die Stimmen der Koalition aus *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) jedoch nicht, so dass sie auf Stimmen der Opposition angewiesen ist. Bis dato hat der Amtsinhaber im Zuge seiner Präsidentschaft 15 Mal Gebrauch vom Vetorecht gemacht. Diese Doppelherrschaft führt zu Blockaden. Zweitens wirft die Präsidentschaftswahl im Jahr 2010 ihre Schatten voraus: Der nationalkonservative Amtsinhaber Lech Kaczyński wird erneut kandidieren. Auch der liberalkonservative Ministerpräsident Donald Tusk wird aller Voraussicht nach antreten. Von keinem der beiden ist anzunehmen, dass er sich vor dem Wahlgang für einschneidende Reformen einsetzen wird. Dies ist umso bedauerlicher, als die Unterstützung der Bevölkerung für die amtierende Regierung (noch) hoch ist. Überdies böte die stabile Wirtschaftslage noch günstige Voraussetzungen, um Reformvorhaben umzusetzen. Der Wirtschaftsabschwung wird den finanziellen Aktionsradius der Regierung sowieso einschränken.

Der Preis kurzfristiger Stabilität: unentschlossene Reformpolitik

Die innenpolitische Stabilität ist nicht zuletzt deswegen beachtlich, weil die Wahlbeteiligung in Polen unter der in anderen MOEL liegt und die Bevölkerungsmehrheit den Eliten großes Misstrauen entgegenbringt. Gleich-



zeitig ist die Parteienlandschaft nach wie vor unkonsolidiert. Vergleicht man das Wählerverhalten mit anderen MOEL, so zeigt sich indes, dass ein starker Zulauf zu extremistischen Parteien (etwa bei der jüngsten Europawahl) ausgeblieben ist. Ein Grund dafür ist die geringe Betroffenheit von der globalen Wirtschaftskrise. Meinungsumfragen zeigen zudem, dass die Mehrheit von der Politik Konsens- und Kooperationsfähigkeit erwartet und an einem stabilen öffentlichen und privaten Leben interessiert ist. Eine »Nebenwirkung« des wenig reformerischen Regierungshandelns und sachlichen Politikstils der Tusk-Regierung ist, mehr Ruhe und Stabilität im politischen Diskurs und in der Gesellschaft angestoßen zu haben, zumal es der Regierung gelungen ist, in der Wirtschaftskrise Handlungsfähigkeit zu zeigen und das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staats zu bewahren. Dies ist bemerkenswert im Vergleich zu anderen MOEL, wo jüngst Regierungen zurücktreten mussten.

Fazit

In der größten globalen Wirtschaftskrise seit Beginn der Transformation in Ostmitteleuropa hat sich Polen als wirtschaftlicher Stabilitätsanker präsentiert. Diese Leistung bietet große Chancen, die gesamtwirtschaftliche Stabilität nachhaltig zu stärken. Die damit mögliche Konsolidierung des strukturellen Budgetdefizits (Privatisierungserlöse sind nur einmalige Effekte) sollte dazu führen, dass Polen auch rasch zur fiskalischen Glaubwürdigkeit zurückkehrt und seine Politik wirtschaftlicher Strukturreformen wieder aufnimmt. Zudem sollten die Verschuldungsbremse für die öffentliche Hand oder

die Unabhängigkeit der Nationalbank unangetastet bleiben. Aus der Gesamtschau der strukturellen Herausforderungen wird deutlich, dass die aktuelle Position Polens als wirtschaftlicher Stabilitätsanker aus mittelfristiger Perspektive keinesfalls überschätzt werden sollte. Sie kann nur dadurch gesichert werden, dass innenpolitisch eine nicht leicht umsetzbare Reformagenda auf den Weg gebracht wird. Deren Umsetzung wäre allerdings erst nach einer Auflösung der Blockade zwischen Regierung und Präsident realistisch zu erwarten.

Neben seiner Strahlkraft als wirtschaftlicher Stabilitätsanker wirkt Polen auch politisch als regionaler Stabilitätsfaktor. Da das Land nicht vollständig von der Wirtschaftskrise ergriffen wurde, verfügt die Regierung über günstige Bedingungen, politisch umsichtig zu handeln. Um sich jedoch als politischer Stabilitätsfaktor unter den MOEL zu etablieren, bedarf es der Absicherung der innenpolitischen Stabilität und damit der Auflösung der aktuellen Blockade zwischen Regierung und Präsident. Die nahende EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 bietet zudem ein günstiges Zeitfenster, um sich als aktiver Akteur auf EU-Ebene zu positionieren. In einem optimistischen Szenario könnte Polen als relativer wirtschaftlicher Krisengewinner und erfolgreicher Reformeur glaubwürdig versuchen, die wirtschaftliche EU-Agenda zu prägen. Hierfür böten sich Themen wie eine wirksame Schuldenbremse für die Gesamt-EU, Fortschritte bei der Euroeinführung oder eine bessere Überwachung grenzüberschreitender Kapitalströme und eine institutionalisierte Koordination nationaler Finanzaufsichten in der EU an.

Über die Autoren

Gunter Deuber, Ökonom und Philosoph, ist bei Deutsche Bank Research in Frankfurt/Main im Referat Global Risk Analysis für die wirtschaftliche (Risiko-)Analyse der Region Mitteleuropa zuständig.

Anna Wolf, Politikwissenschaftlerin, ist Referentin für die Staaten der Region Ostmitteleuropa im Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Tabellen und Grafiken zum Text

Makroökonomische Indikatoren: Polen

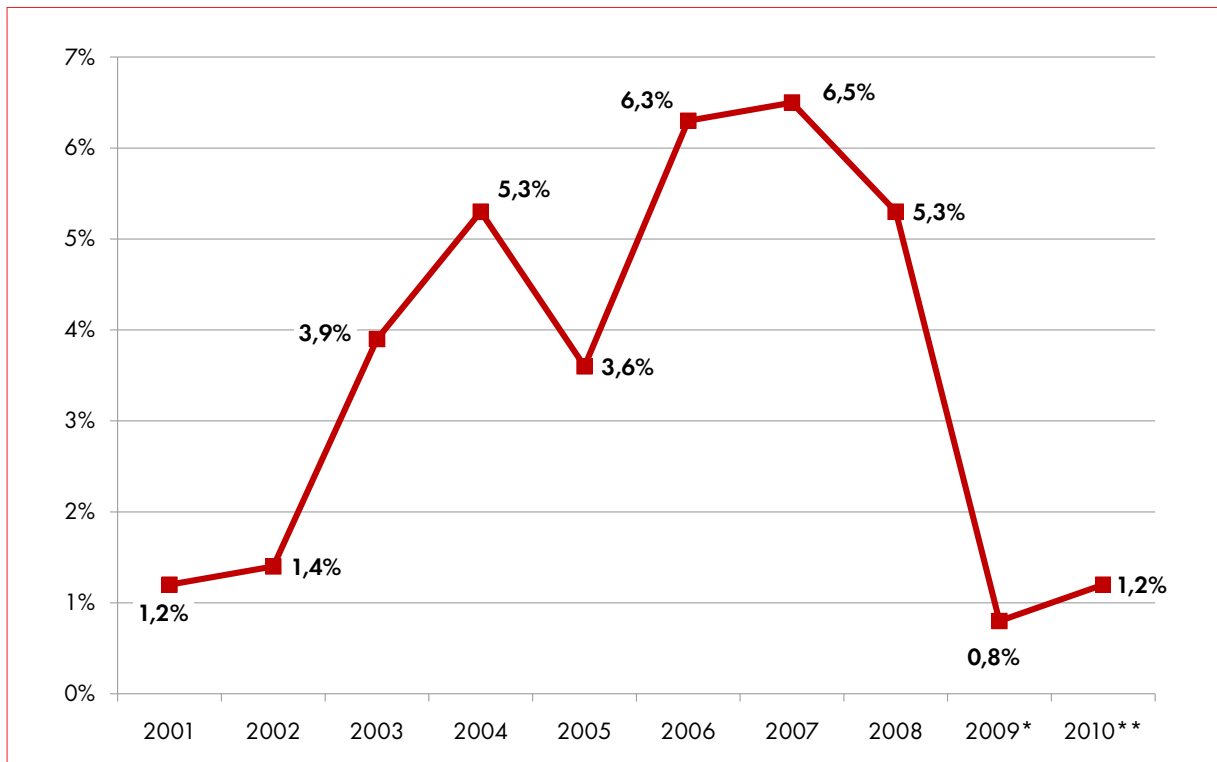
Polen: Makroökonomischer Datenkranz und Prognosen, 2001–2010 (%)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009*	2010**
BIP-Wachstum, real, % gegenüber Vorjahr	1,2	1,4	3,9	5,3	3,6	6,3	6,5	5,3	0,8	1,2
Arbeitslosenquote, %	16,2	19,7	19,9	19,5	18,2	16,2	12,7	9,8	11,8	12,1
Inflation, % gegenüber Vorjahr	5,5	1,9	0,8	3,6	2,1	1,1	2,4	4,4	3,8	2,9
Leistungsbilanzdefizit, % des BIP	-3,1	-2,8	-2,5	-4	-1,2	-2,7	-4,7	-5,5	-2	-3,5
Auslandsverschuldung, % des BIP	37,8	42,9	49,5	51,2	43,7	49,6	54,4	46,4	54,9	53,7
Fiskaldefizit, % des BIP	-5,1	-5	-6,3	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-5,5	-4,3
Staatsschulden, % des BIP	37,6	42,2	47,1	45,7	47,1	47,6	45,2	47,1	51	54
PLN/EUR, Periodendurchschnitt	3,67	3,85	4,4	4,53	4,02	3,9	3,78	3,52	4,31	4,1

* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

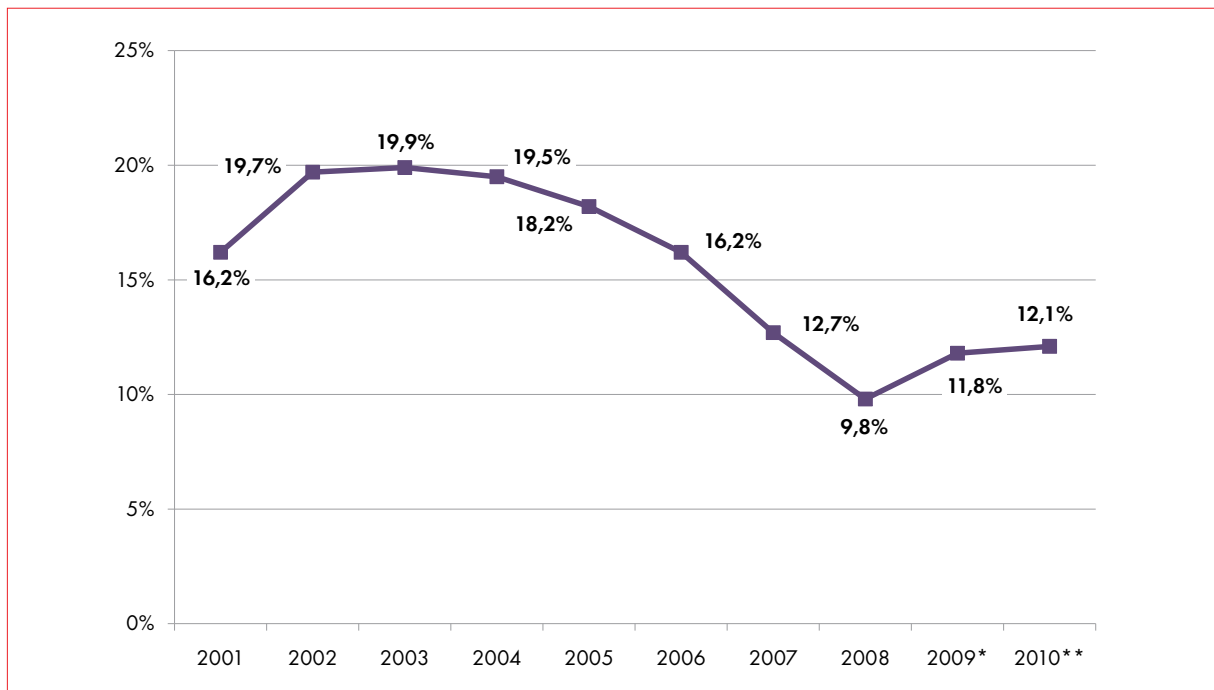
BIP-Wachstum, real, 2001–2010, in % gegenüber Vorjahr



* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

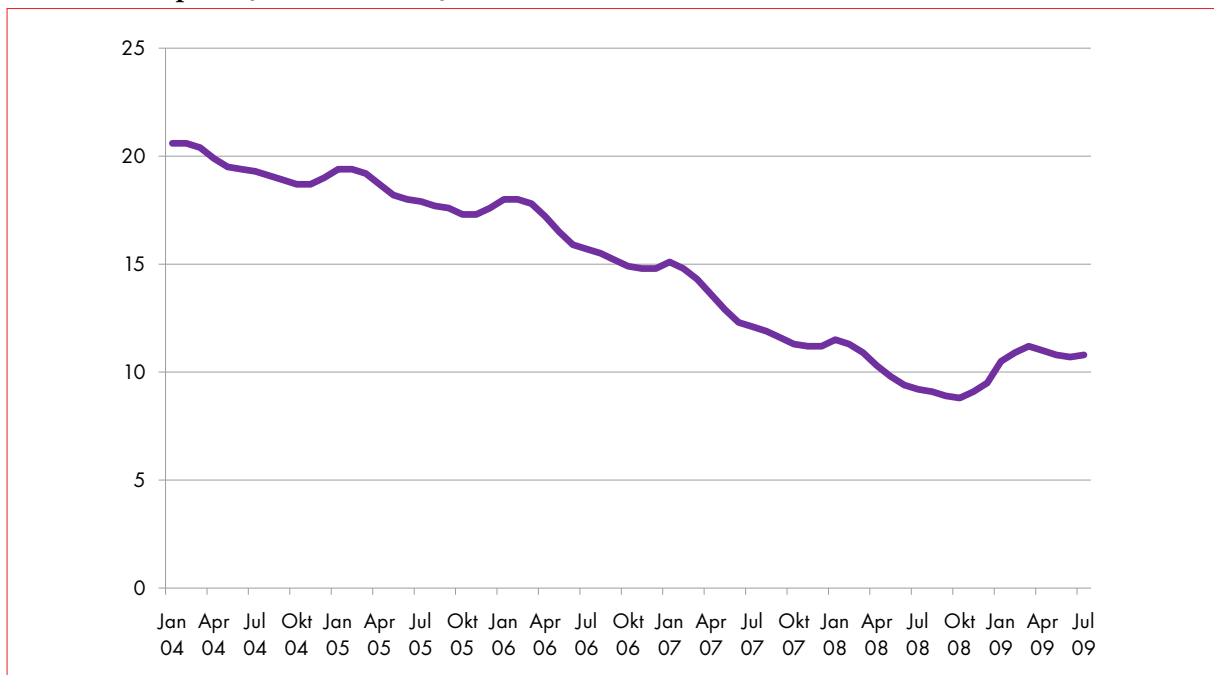
Arbeitslosenquote, 2001–2010 (%)



* = geschätzt, ** = Prognose

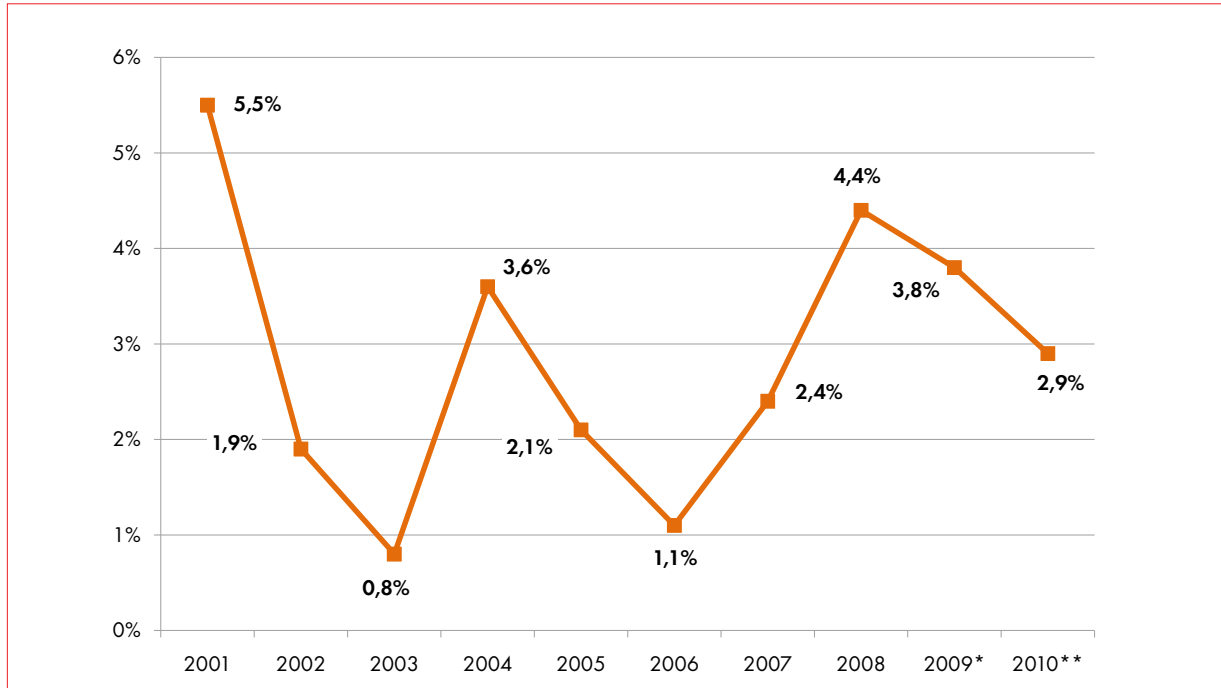
Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Arbeitslosenquote, Januar 2004 – Juli 2009 (%)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Stopa bezrobocia w latach 1990-2009 (bezrobocie rejestrowane) [Die Arbeitslosenquote 1990-2009 (registrierte Arbeitslosigkeit)], www.stat.gov.pl/gus/5840_677_PLK_HTML.htm (abgerufen am 01.10.2009).

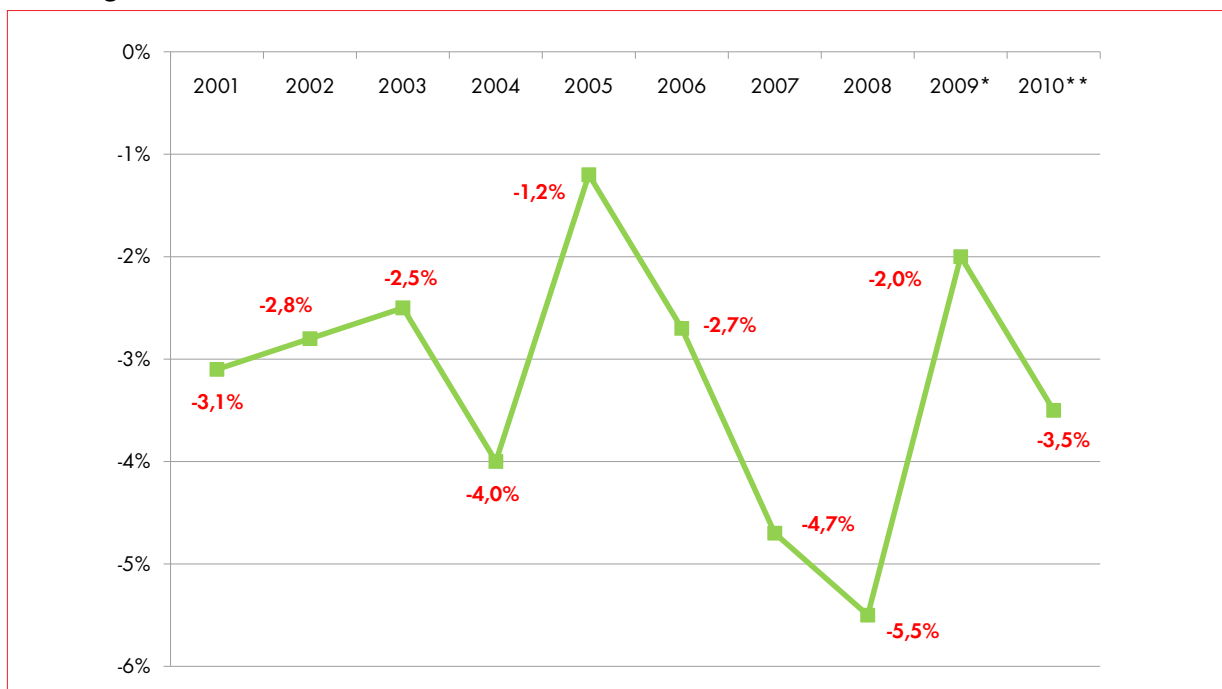
Inflation, 2001–2010, in % gegenüber Vorjahr



* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

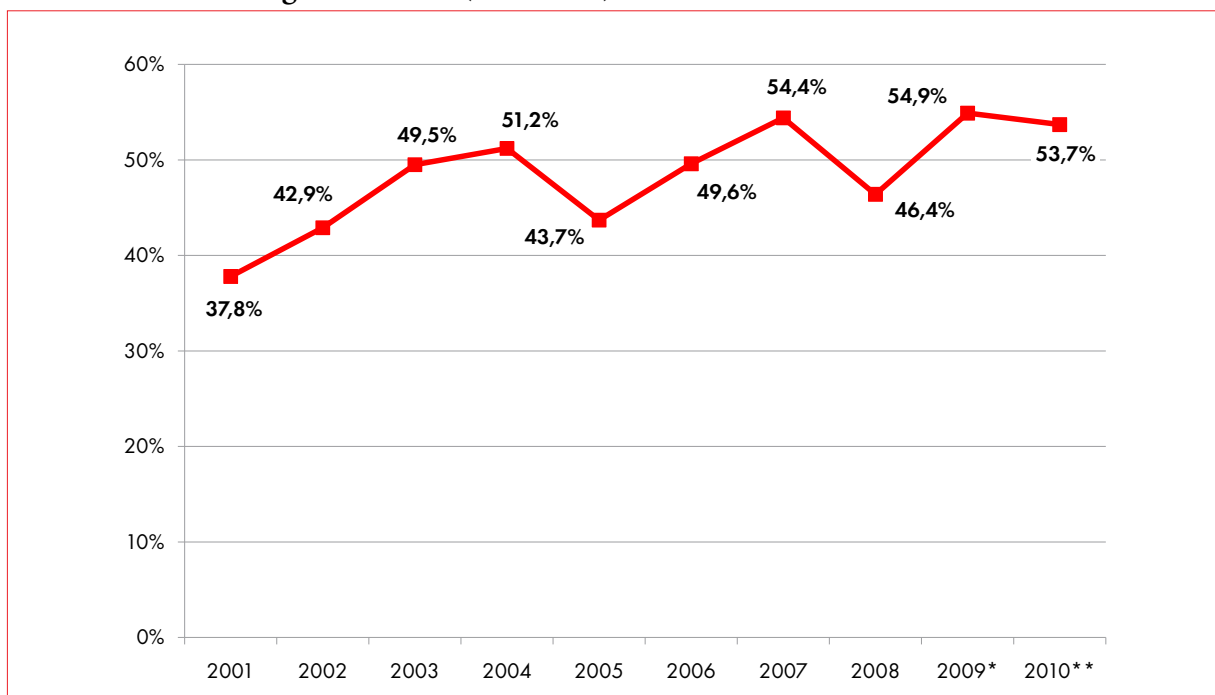
Leistungsbilanzdefizit, 2001–2010 (% des BIP)



* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

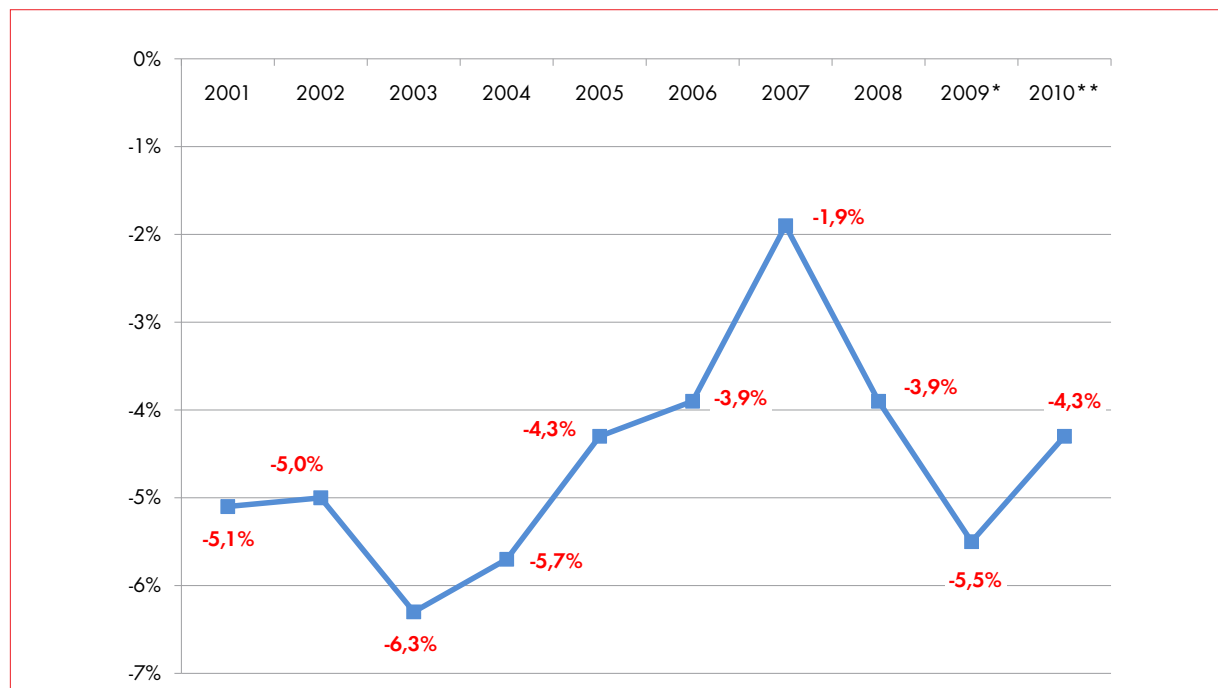
Auslandsverschuldung, 2001–2010 (% des BIP)



* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

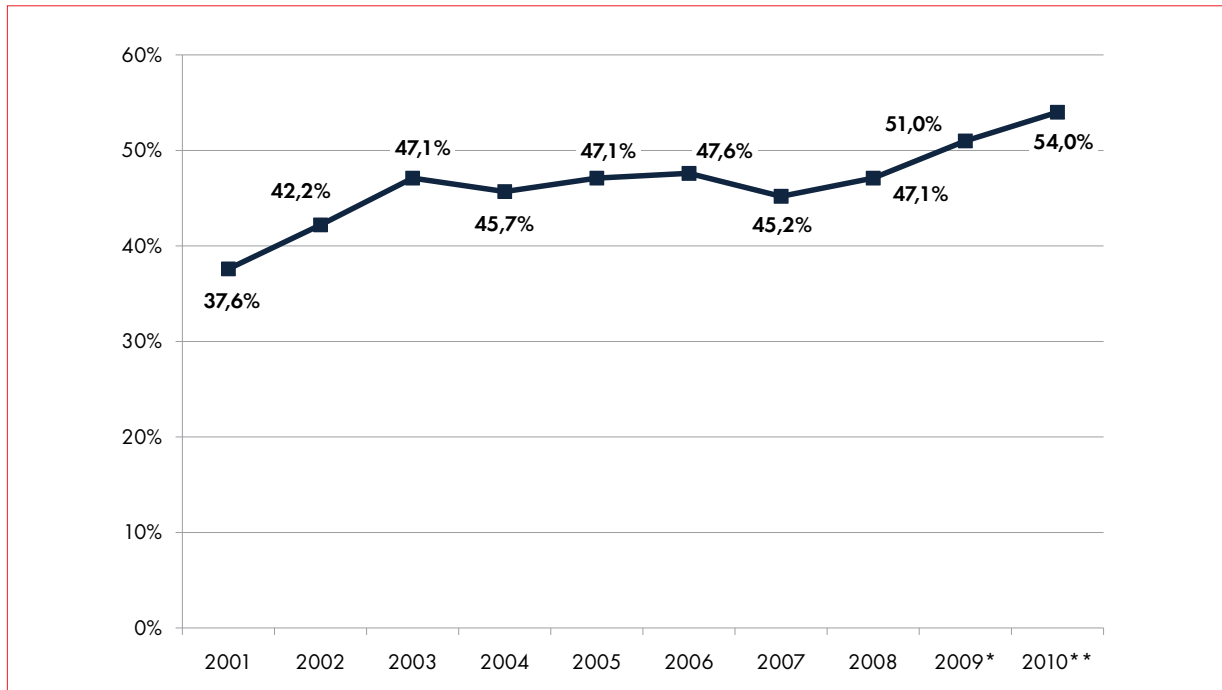
Fiskaldefizit, 2001–2010 (% des BIP)



* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

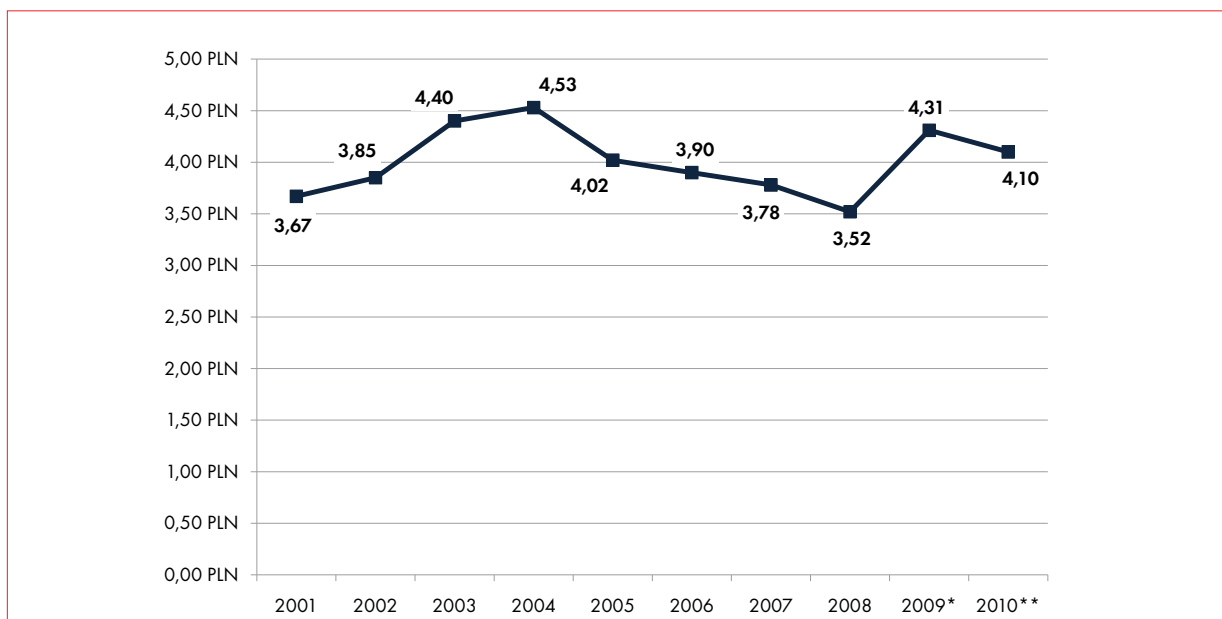
Staatsschulden, 2001–2010 (% des BIP)



* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Wechselkurs PLN/EUR, 2001–2010 (Periodendurchschnitt)

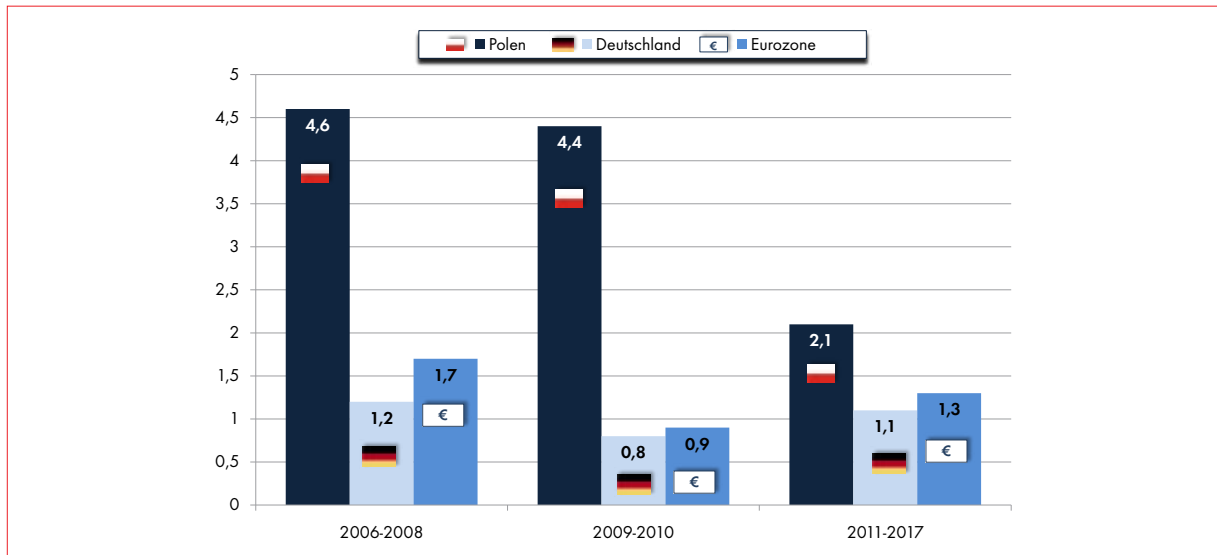


* = geschätzt, ** = Prognose

Quellen: Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research

Wirtschafts- und Bankenkenzahlen im internationalen Vergleich

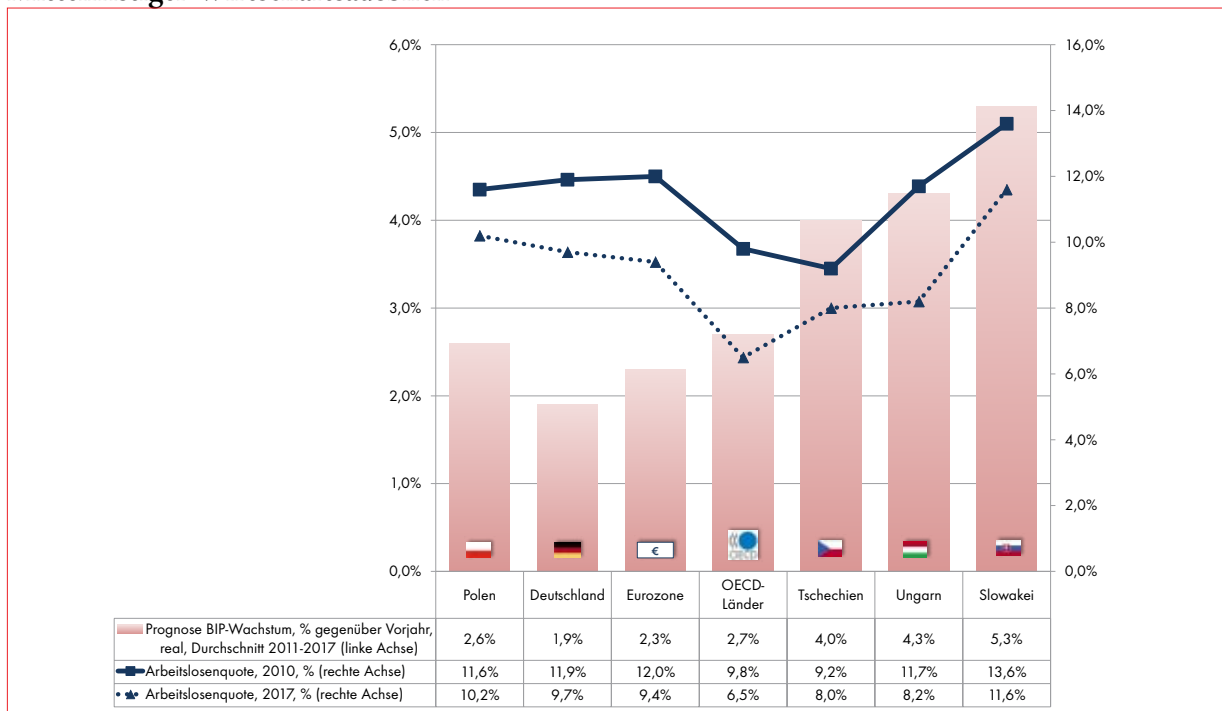
Geschätztes mögliches Wachstum, 2006–2017



Anmerkung: Potenzialwachstum als geschätzter möglicher langfristiger wirtschaftlicher Expansionspfad einer Volkswirtschaft bei Ausnutzung aller Produktionsfaktoren (vor allem von Arbeit und Kapital) ohne wirtschaftliche Überhitzung (z. B. Inflation).

Quelle: OECD

Mittelfristiger Wirtschaftsausblick



Quelle: OECD



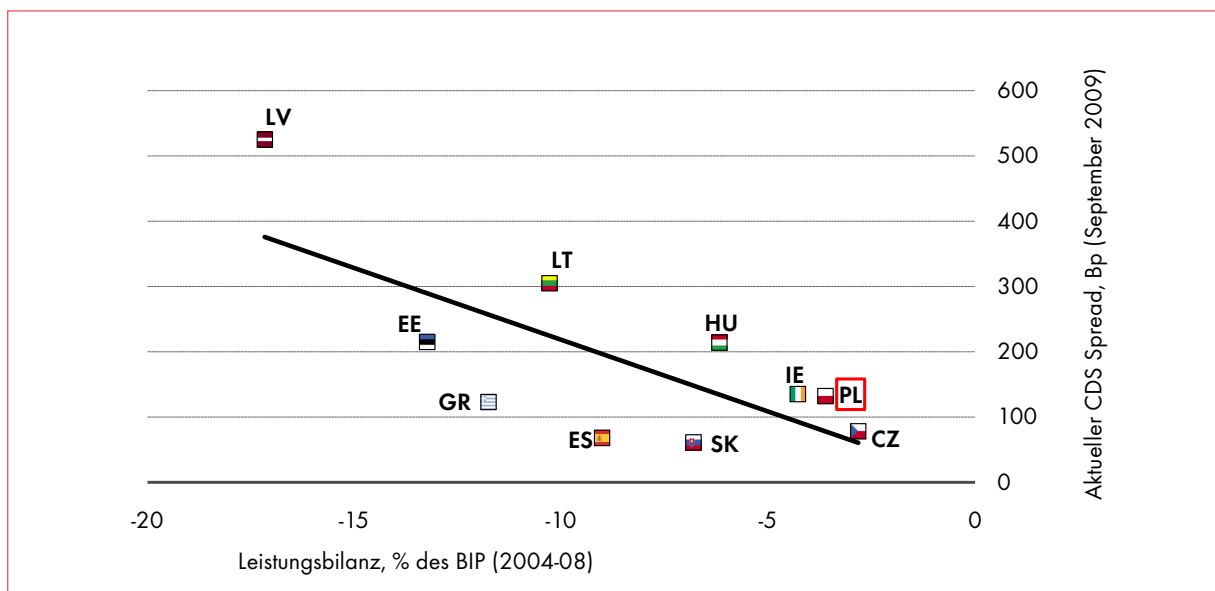
Kennzahlen des Bankensektor in Polen und den MOEL

	EE	LT	LV	CZ	HU	PL	SI	SK
Gesamtaktiva Banken (% des BIP), 2008	132	85	153	104	108	73	130	91
Inländischer Kreditbestand (% des BIP), 2008	99	66	89	58	81	60	66	54
Veränderung 2004–2008, Prozentpunkte	38	32	35	13	23	23	10	11
Veränderung 2000–2008, Prozentpunkte	64	50	66	8	27	26	23	-3
Anteil der Auslandsbanken an Gesamtaktiva (%), 2004–2008	99	92	58	85	73	74	25	98

EE = Estland, LT = Litauen, LV = Lettland, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SI = Slowenien, SK = Slowakei

Quelle: DB Research (2009), EU Monitor 66, As time goes by ... Gemischte Bilanz nach fünf Jahren EU-Osterweiterung, S. 12

Risikopreisung entlang wirtschaftlicher Ungleichgewichte



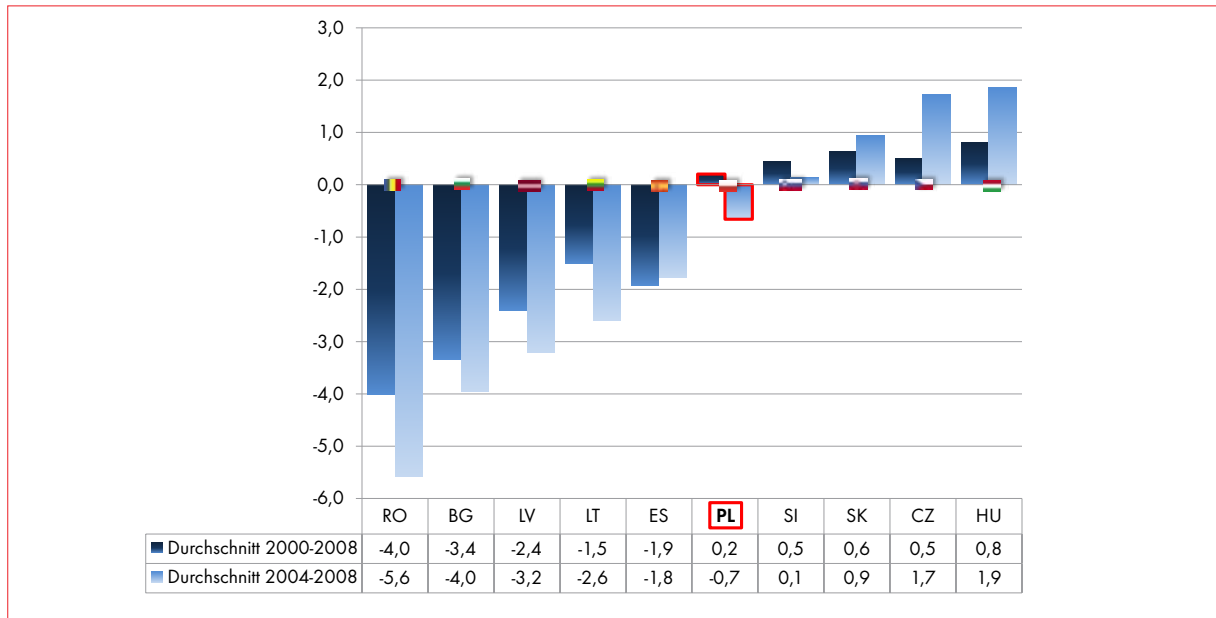
EE = Estland, LT = Litauen, LV = Lettland, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei, GR = Griechenland, ES = Spanien: CDS = Credit Default Swap

Anmerkung: September 2009: Daten als Schlusskurse vom 25.9.2009

Quellen: Eurostat, Bloomberg, DB Research

Wachstum und Nettoexporte

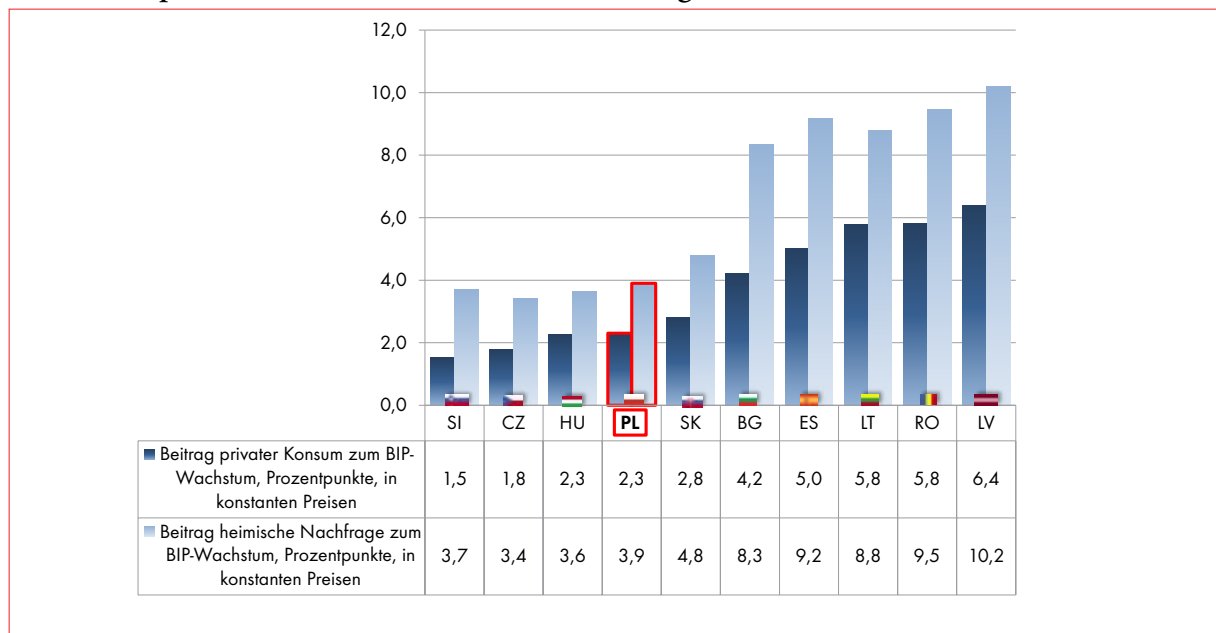
Beitrag Nettoexporte zum BIP-Wachstum, Prozentpunkte, in konstanten Preisen



RO = Rumänien, BG = Bulgarien, EE = Estland, LT = Litauen, LV = Lettland, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei, ES = Spanien, SI = Slowenien

Quellen: Eurostat, DB Research

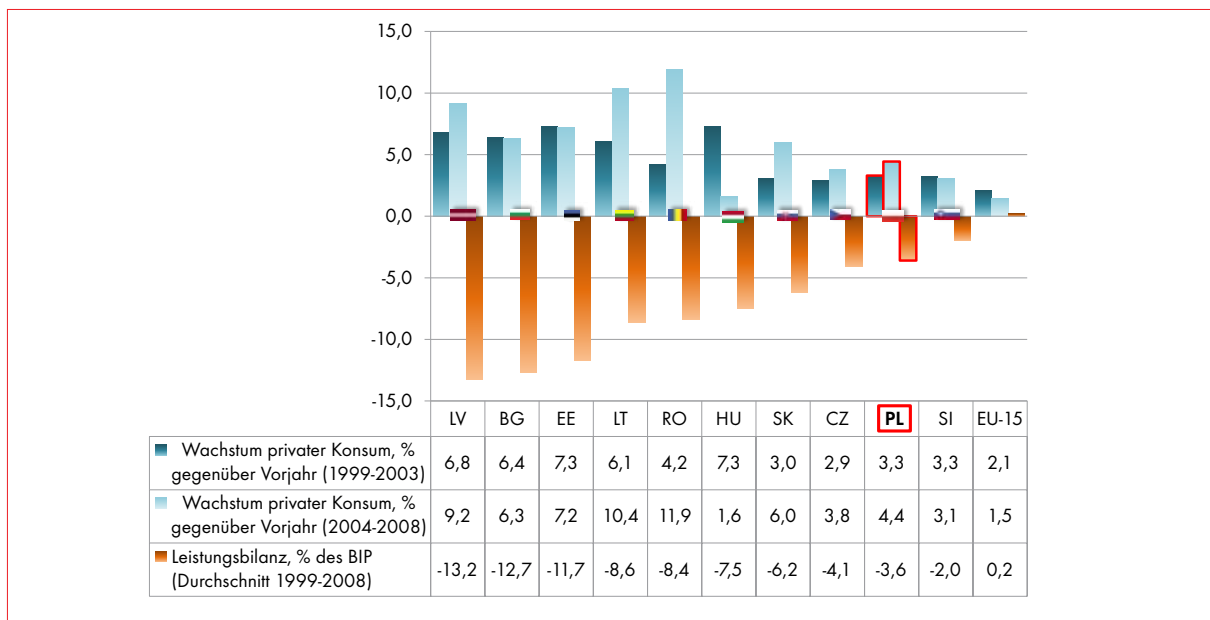
Wachstum, privater Konsum und heimische Nachfrage



RO = Rumänien, BG = Bulgarien, LT = Litauen, LV = Lettland, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei, ES = Spanien, SI = Slowenien

Quellen: Eurostat, DB Research

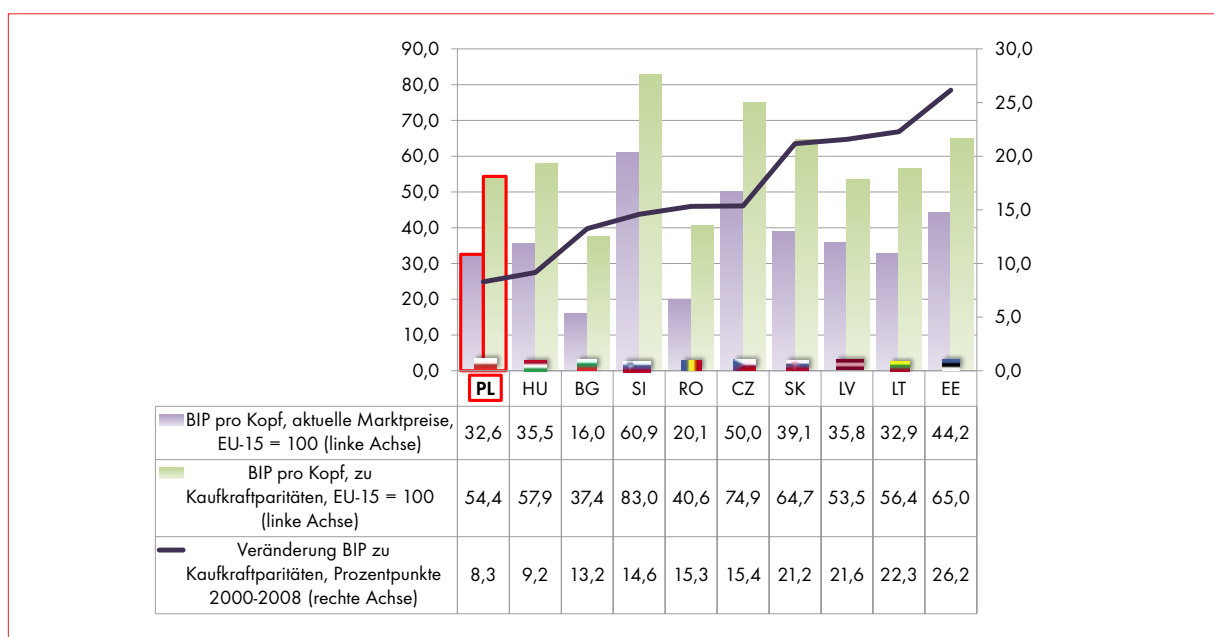
Wachstum, privater Konsum und externe Ungleichgewichte



RO = Rumänien, BG = Bulgarien, EE = Estland, LT = Litauen, LV = Lettland, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei, SI = Slowenien

Quellen: Eurostat, DB Research

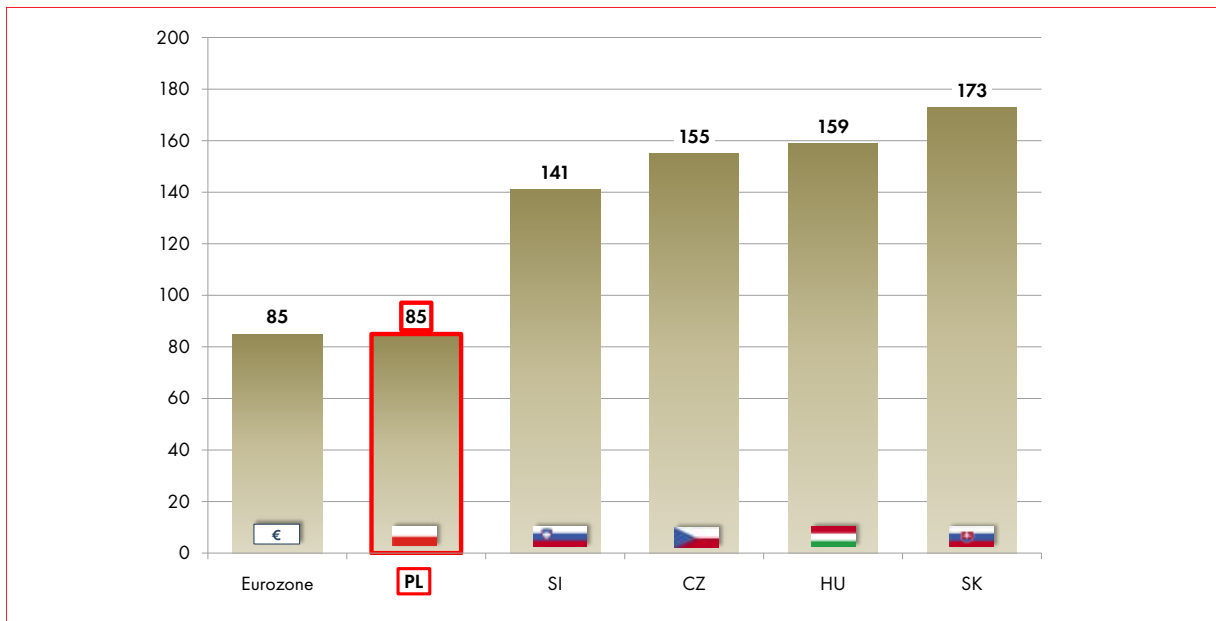
Wohlstandsniveau und Wachstumsperformance



RO = Rumänien, BG = Bulgarien, EE = Estland, LT = Litauen, LV = Lettland, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei, ES = Spanien, SI = Slowenien

Quellen: Eurostat, DB Research

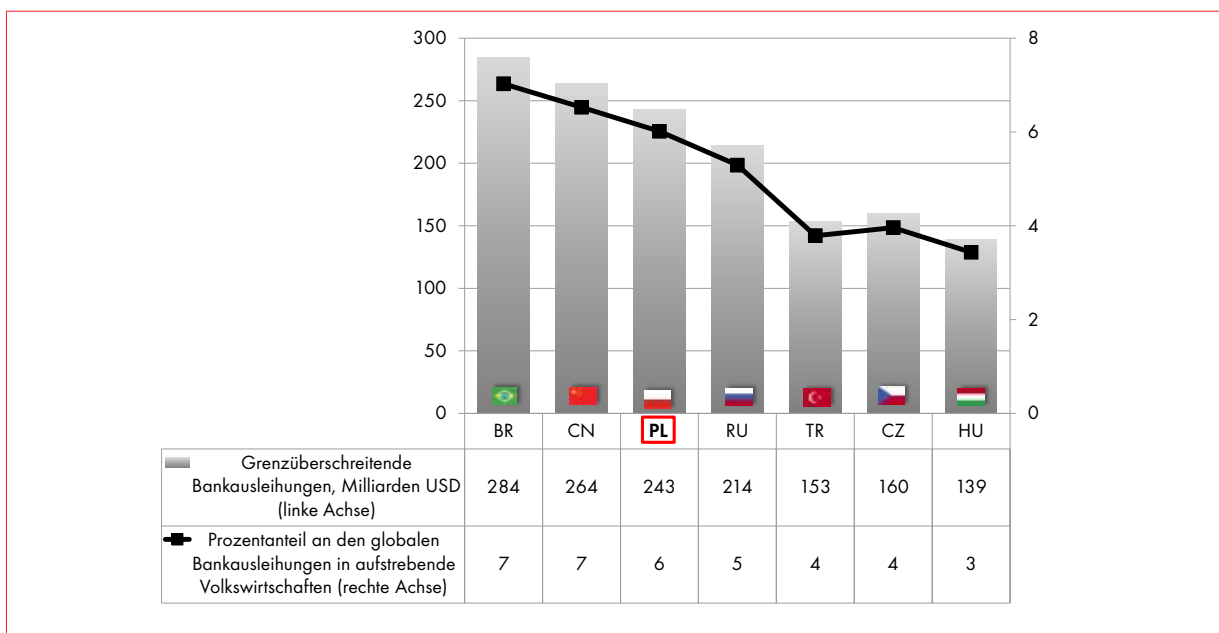
Handel: Güter und Dienstleistungen, 2008 (% des BIP)



CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei, SI = Slowenien

Quellen: Eurostat, DB Research

Konsolidierte grenzüberschreitende Ausleihungen globaler (an die BIZ berichtender) Banken, Juni 2009 (in Milliarden USD)



BR = Brasilien, CN = China, RU = Russland, TR = Türkei, CZ = Tschechien, HU = Ungarn, PL = Polen, SK = Slowakei

Quellen: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), DB Research

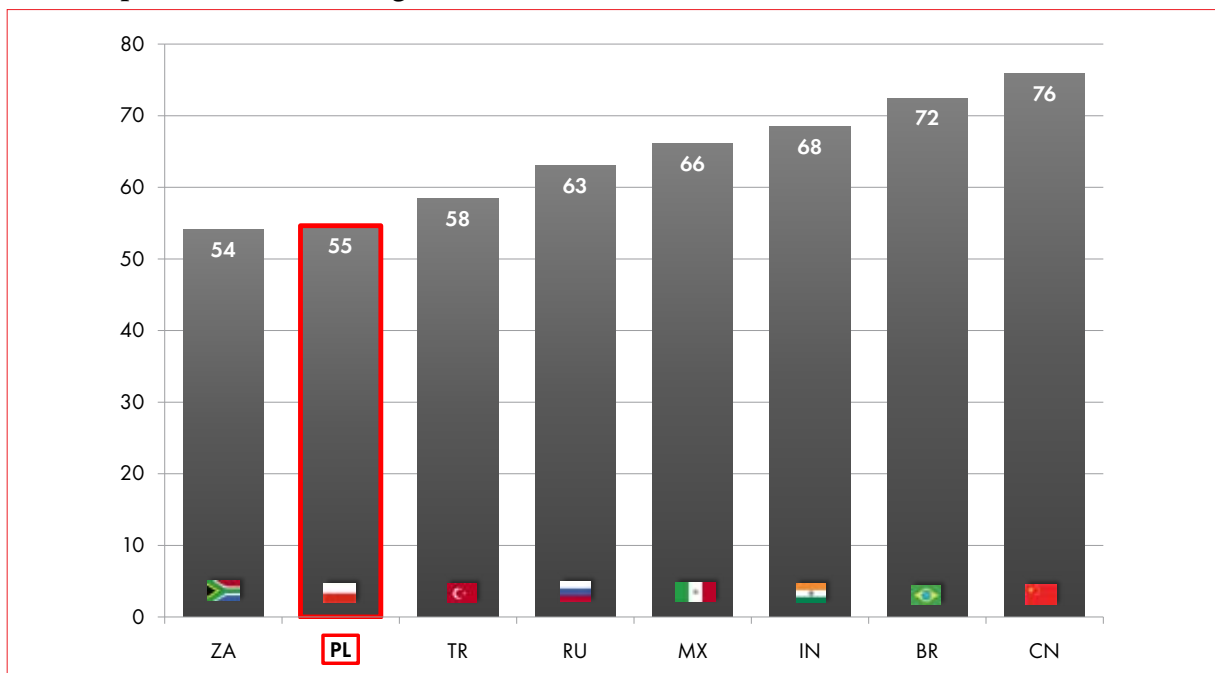
(Wahrnehmung) des Investitionsklimas und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Land	Rang »Ease of Doing Business«, 2010	Rang »Global Competitiveness Index«, 2009/2010
Südafrika	34	45
Slowakei	42	47
Ungarn	47	58
Mexiko	51	60
Slowenien	53	37
Polen	72	46
Türkei	73	61
Tschechien	74	31
China	89	29
Russland	120	63
Brasilien	129	56

Anmerkung: 183 Länder gelistet im Weltbank Ease of Doing Business Index, 133 Länder gelistet im World Economic Forum Global Competitiveness Index

Quellen: Weltbank, World Economic Forum

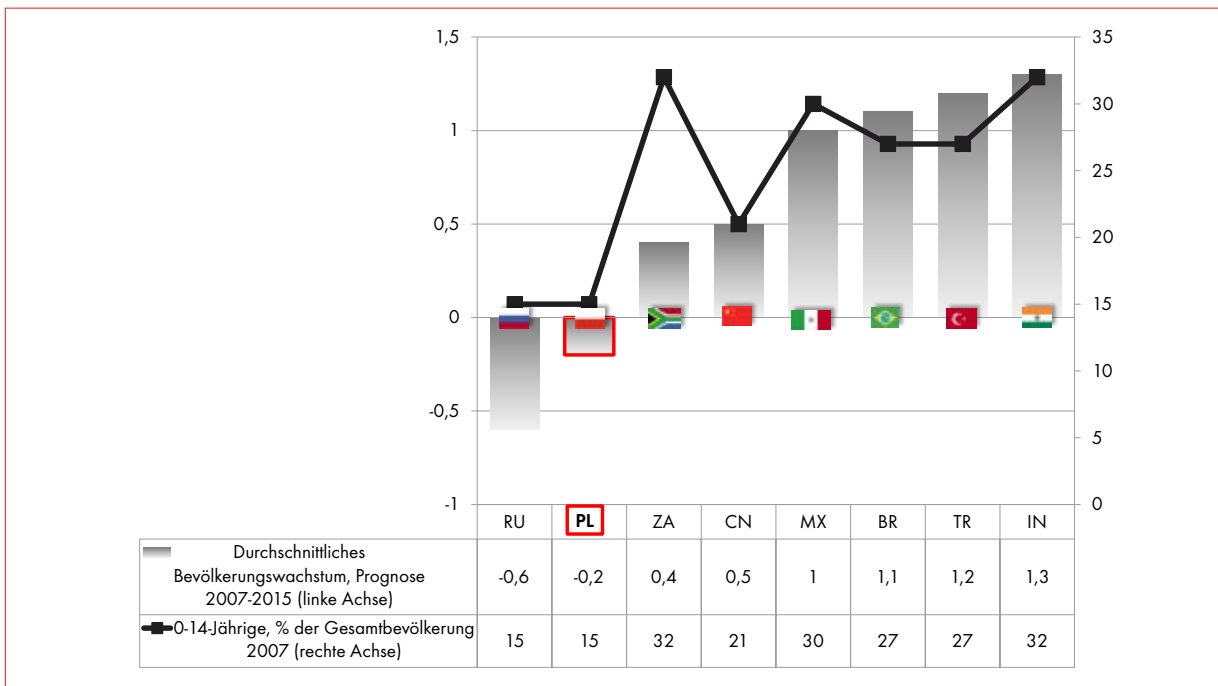
Erwerbsquote der 15–65-Jährigen, 2007 (%)



ZA = Südafrika, PL = Polen, TR = Türkei, RU = Russland, MX = Mexiko, IN = Indien, BR = Brasilien, CN = China

Quelle: Weltbank

Durchschnittliches Bevölkerungswachstum und Anteil der 0–14-Jährigen an der Gesamtbevölkerung



ZA = Südafrika, PL = Polen, TR = Türkei, RU = Russland, MX = Mexiko, IN = Indien, BR = Brasilien, CN = China

Quelle: Weltbank

Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (%)

	Konsumausgaben Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte (Güter und Dienstleistungen)	Importe (Güter und Dienstleistungen)	Bruttoersparnisse
CN	33	14	43	42	32	55
IN	54	10	39	21	24	39
BR	61	20	18	14	12	17
MX	65	10	26	28	30	25
PL	60	19	24	41	44	21
RU	49	18	25	30	22	31
ZA	62	20	21	32	35	14
TR	71	13	22	22	27	16
Eurozone	57	20	22	41	39	22

Anmerkung: Konsumausgaben (Haushalte, Staat) + Investitionen + (Exporte - Importe) - Ersparnisse = 100

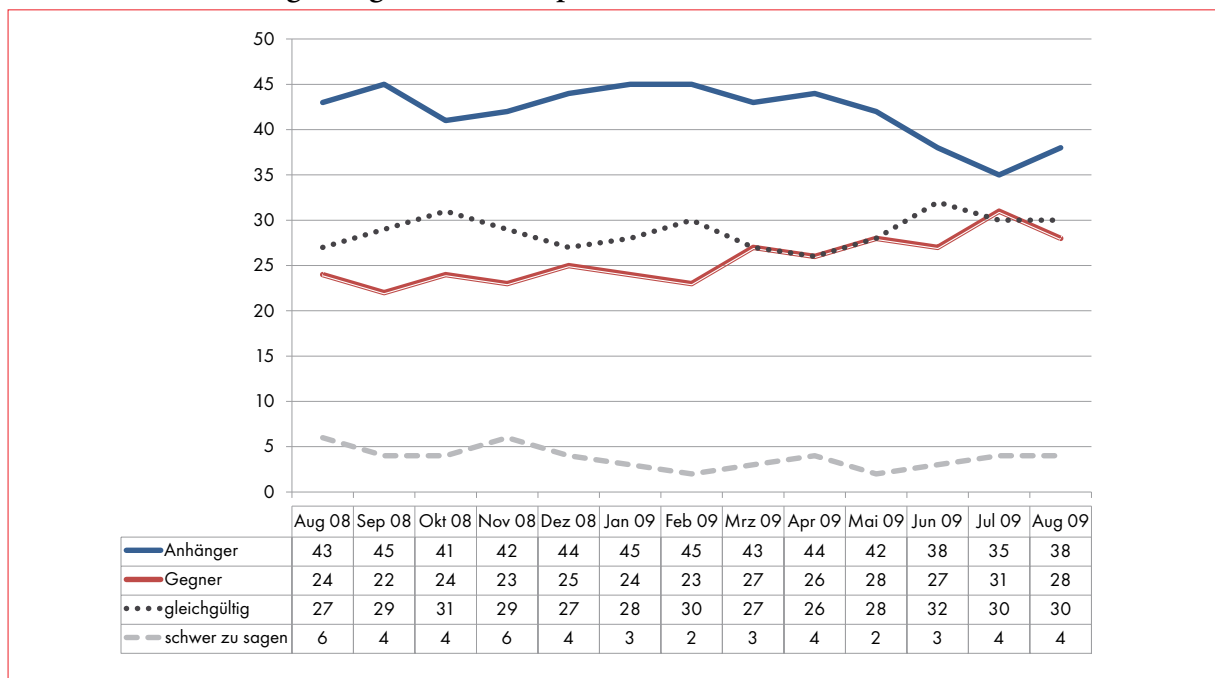
ZA = Südafrika, PL = Polen, TR = Türkei, RU = Russland, MX = Mexiko, IN = Indien, BR = Brasilien, CN = China

Quelle: Weltbank

Umfrage

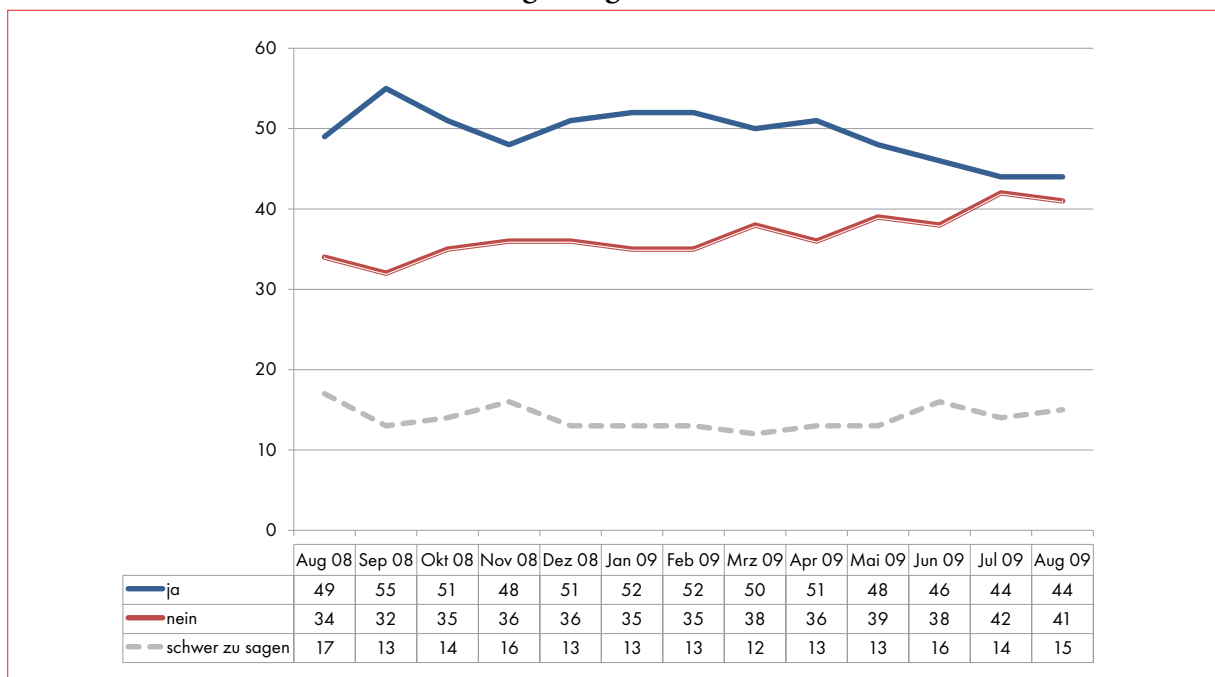
Das Verhältnis zur Regierung Tusk und zur Mitgliedschaft in der EU

Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk (%)



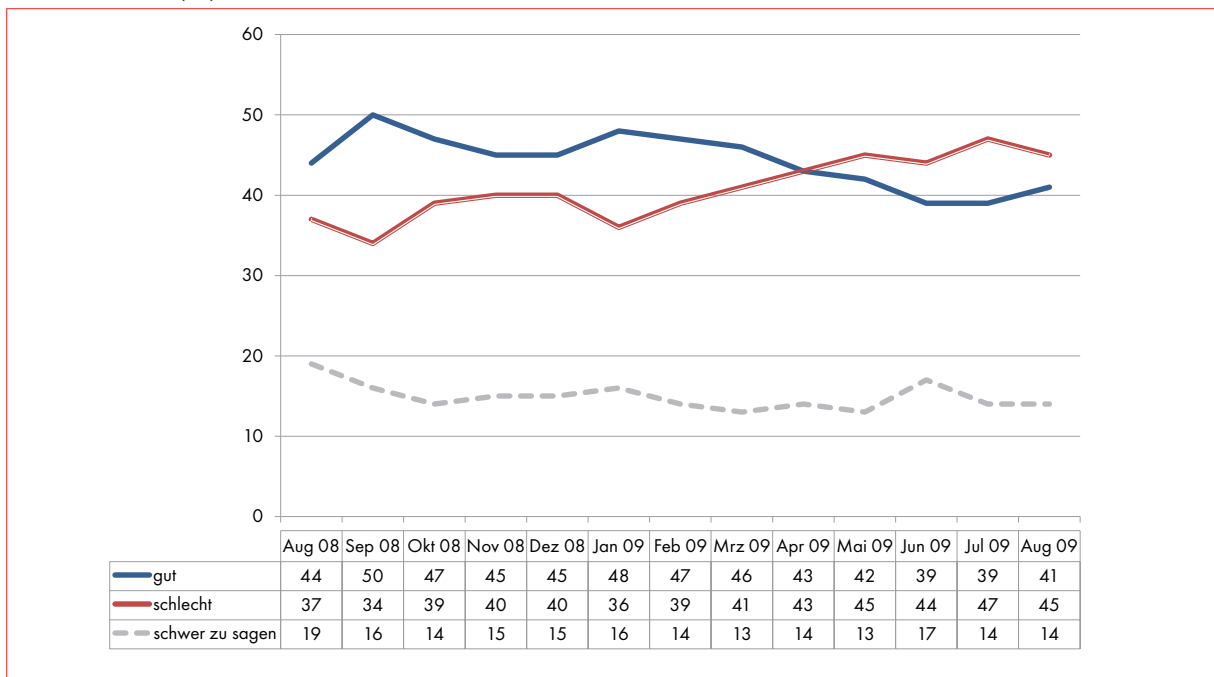
Quelle: CBOS, BS/116/2009: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August], Warszawa 08/2009, www.cbos.pl

Sind Sie zufrieden, dass Donald Tusk Regierungschef ist? (%)



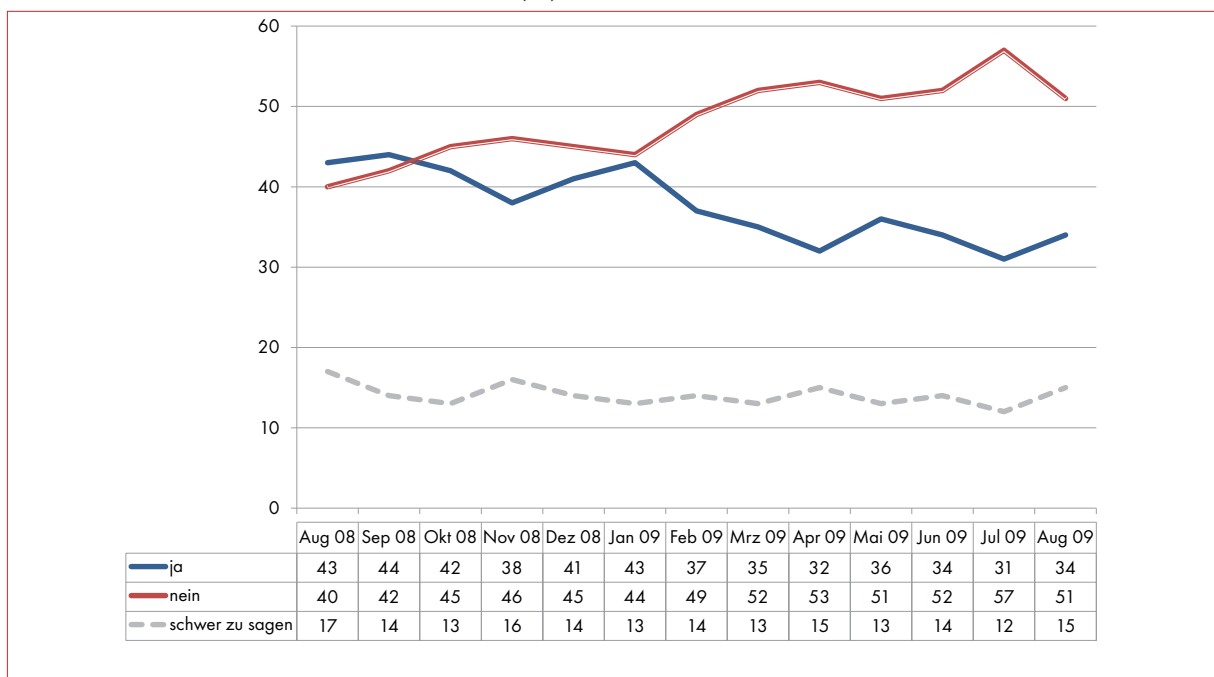
Quelle: CBOS, BS/116/2009: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August], Warszawa 08/2009, www.cbos.pl

Wie bewerten Sie die Tätigkeit der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk seit seinem Amtsantritt? (%)



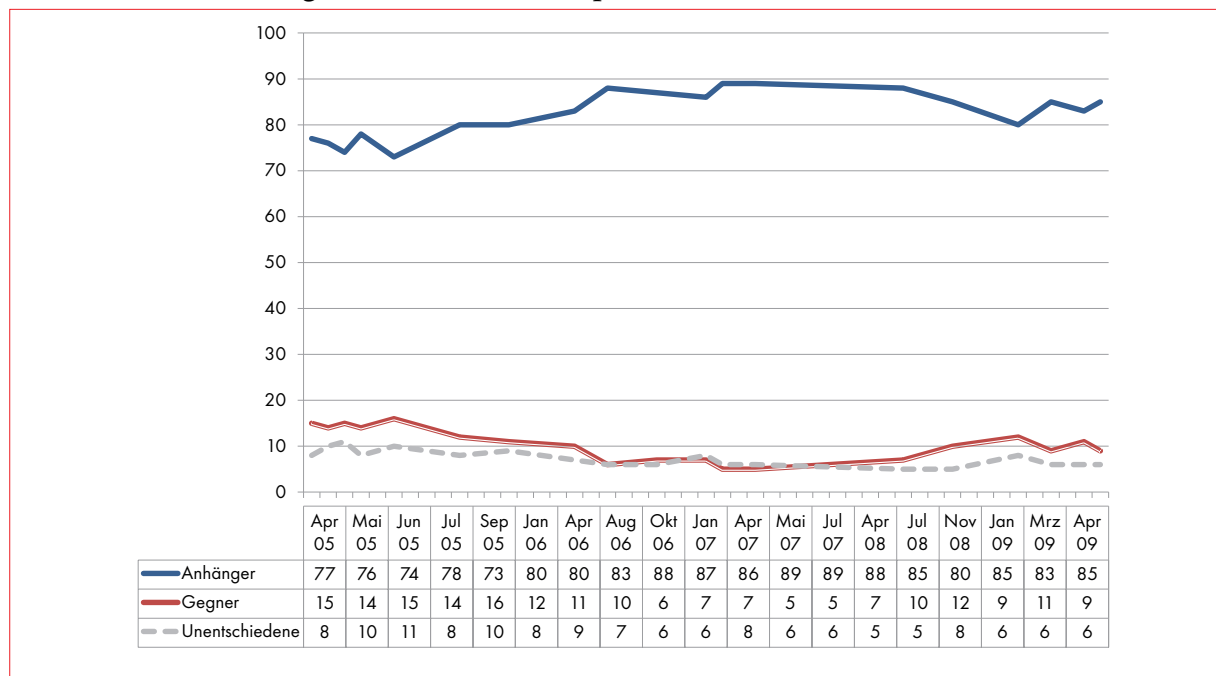
Quelle: CBOS, BS/116/2009: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August], Warszawa 08/2009, www.cbos.pl

Schafft die gegenwärtige Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk Chancen, die wirtschaftliche Situation zu verbessern? (%)



Quelle: CBOS, BS/116/2009: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August], Warszawa 08/2009, www.cbos.pl

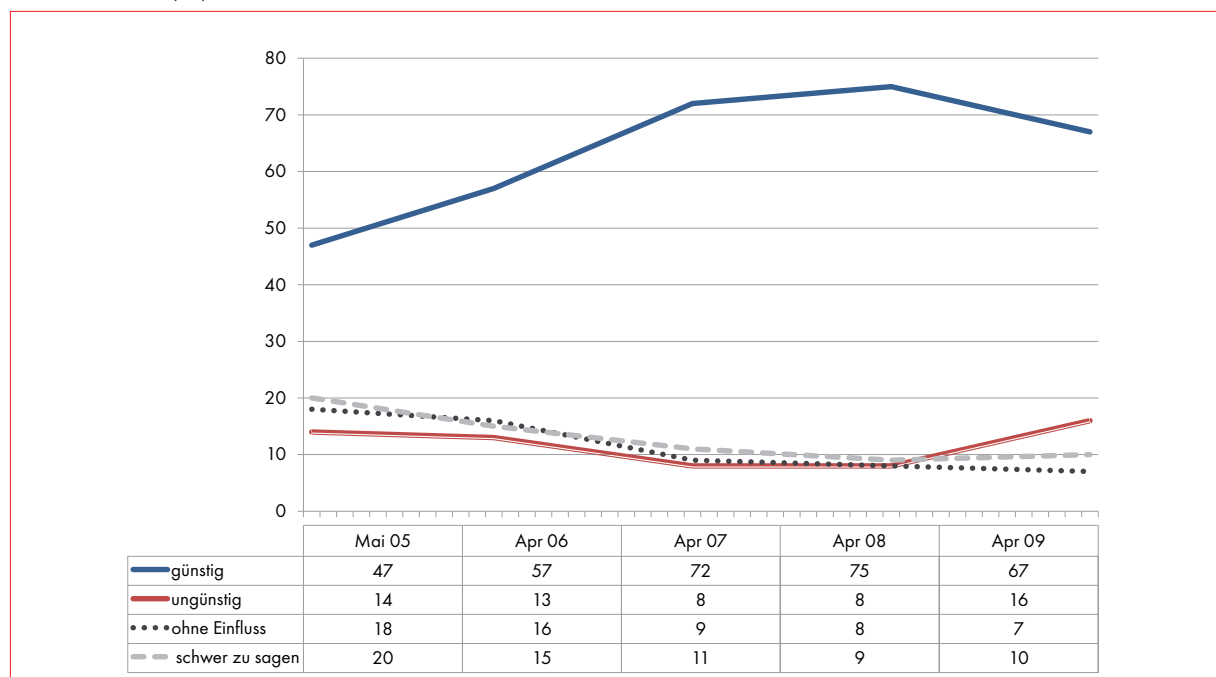
Das Verhältnis zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union* (%)



* Polen trat der Europäischen Union am 1. Mai 2004 bei.

Quelle: CBOS, BS/64/2009: Bilans pięciu lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Bilanz der fünfjährigen Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union], Warszawa 04/2009, www.cbos.pl

Wie bewerten Sie den Einfluss des polnischen EU-Beitritts auf die Situation der polnischen Wirtschaft? (%)



Quelle: CBOS, BS/64/2009: Bilans pięciu lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Bilanz der fünfjährigen Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union], Warszawa 04/2009, www.cbos.pl

Chronik
Vom 15. September bis zum 05. Oktober 2009

15.09.2009	In seiner Antrittsrede betont der im Juli ins Amt gewählte Präsident des Europäischen Parlaments und ehemalige Ministerpräsident Polens Jerzy Buzek die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik, in deren Rahmen der Ausbau des Pipelinenetzes sowie gemeinsame Gasankäufe diskutiert werden müssten. Darüber hinaus kündigt er die Stärkung des Europäischen Parlaments an, das sich Diskussionen weiter öffnen und das demokratische Element in der EU vorantreiben müsse.
15.09.2009	Die Fraktionen des Sejm einigen sich auf eine gemeinsame Erklärung zum 70. Jahrestag des Einmarsches der Roten Armee in Polen. Darin heißt es, dass die polnisch-russische Versöhnung die Achtung der historischen Wahrheit erfordere und der Sejm Versuche, die Geschichte zu verfälschen, verurteile. Der im Vorfeld kontrovers aufgenommene Begriff »Völkermord« für die Geschehnisse in Katyń und an anderen Orten, wo im März 1940 ca. 15.000 polnische Offiziere durch den sowjetischen NKWD ermordet worden waren, wurde durch die Bezeichnung »Kriegsverbrechen mit Merkmalen eines Völkermords« ersetzt.
16.09.2009	Der Leiter der Präsidialkanzlei, Władysław Stasiak, teilt mit, dass Staatspräsident Lech Kaczyński gegen eine Trennung des Doppelamts des Justizministers sei, der gleichzeitig oberster Staatsanwalt ist. Die Trennung der Ämter sieht die Gesetzesnovelle zur Reformierung der Staatsanwaltschaft vor. Ob Kaczyński ein Veto einlegen werde, sei aber noch nicht entschieden.
17.09.2009	Der US-amerikanische Präsident Barack Obama teilt in Washington mit, dass die Pläne zum Bau eines Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien, die von der Vorgängerregierung unter George W. Bush initiiert worden waren, gestoppt werden. Vorgesehen sei ein anderes dreistufiges mobiles Verteidigungssystem, dessen mobile Raketenabschussbasen im Mittelmeer und auf dem europäischen Kontinent stationiert werden sollen. Staatspräsident Lech Kaczyński bewertet die amerikanische Entscheidung als historischen Fehler und wirft der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk schwerwiegende Versäumnisse bei den Verhandlungen vor. Nach Ansicht von Tusk handelt es sich nicht um eine Niederlage für Polen. Polen könne vielmehr eine exklusive Position im Rahmen der neuen Verteidigungspläne der USA einnehmen.
17.09.2009	Bei der Gedenkveranstaltung in Warschau aus Anlass des Einmarsches der Roten Armee am 17. September 1939 in Polen hebt Staatspräsident Lech Kaczyński hervor, dass Versöhnung zwischen den Nationen der Wahrheit bedürfe. Das Massaker von Katyń bezeichnet er als Völkermord und als Racheakt für die russische Niederlage im polnisch-sowjetischen Krieg 1920.
18.09.2009	Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK Polonia bewerten 48 % der Befragten die Einstellung des US-amerikanischen Vorhabens, in Polen Teile eines Raketenabwehrschildes zu errichten, als positiv. 31 % bewerten dies als schlechte Entscheidung. 58 % sind der Meinung, dass diese Entscheidung keinen Einfluss auf die Sicherheit in Polen haben werde.
19.09.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński legt sein Veto gegen die Gesetzesnovelle zur Reformierung der Staatsanwaltschaft ein, die vorsieht, das Amt des Justizministers von dem des Generalstaatsanwalts zu trennen. Seiner Meinung nach könne die Regierung nicht für die Sicherheit garantieren, wenn sie nicht die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft hat. Um das Veto aufzuheben, bedarf es einer Stimmenmehrheit von 3/5 im Sejm. Die Regierungskoalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) sowie die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) kündigen an, gegen das Veto zu stimmen.
21.09.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński appelliert an die Regierung, ein nationales Entwicklungsprogramm für Landwirtschaft und Dorf zu initiieren, um den deutlichen Unterschieden zwischen Stadt und Land in Polen entgegenzuwirken. Er kritisiert die Zwischenhändler für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die zu hohe Gewinne machen würden, wogegen der Staat intervenieren solle.
22.09.2009	Nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts PBS DGA würden derzeit 52 % die Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wählen. 24 % sprechen sich für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) aus, 7 % für die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und 6 % für den Regierungspartner Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL).
23.09.2009	Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entscheidet in erster Instanz, dass die EU-Kommission nicht berechtigt war, die CO ₂ -Emissionen für die polnische Industrie für den Zeitraum 2008–2012 um ein Drittel niedriger festzusetzen als im Zeitraum davor. Dies hatte zur Folge, dass die polnischen Betriebe die Erlaubnis für einen höheren CO ₂ -Ausstoß kaufen mussten, was die Produktion verteuerte. Die Umweltsprecherin der Europäischen Kommission, Barbara Helfferich, kündigt eine Prüfung des Urteils und ggf. einen Einspruch an.

24.09.2009	Der Auswärtige Ausschuss der russischen Staatsduma äußert tiefe Beunruhigung in Anbetracht des vom Sejm verabschiedeten Beschlusses zum 70. Jahrestag des Einmarsches der Roten Armee in Polen am 17. September 1939. Besondere Enttäuschung rufe hervor, dass die Handlungen des nationalsozialistischen Deutschland und die der Sowjetunion auf eine Ebene gestellt würden. Dass der Sejmbeschluss dem Massaker von Katyń »Merkmale eines Völkermords« zuschreibt und die Verdienste sowjetischer Soldaten, die die Polen gerettet haben, nicht nennt, sei eine Verleumdung. Jedoch stimme die Duma mit dem Sejm überein, dass die polnisch-russische Versöhnung der historischen Wahrheit bedürfe.
25.09.2009	Das Bürgerkomitee »Zeit für die Frauen« (Czas na Kobiety) wird vom Sejmmarschall registriert. Die Registrierung ist die Voraussetzung dafür, eine bürgerschaftliche Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, wofür mindestens 10.000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Das Gesetzesprojekt hat die Änderung der Wahlordnung zum Sejm, zu den Gemeinderäten, den Kreisen und Woiwodschaftstagen und zum Europäischen Parlament zugunsten einer paritätischen Besetzung von Frauen und Männern zum Ziel. Das Vorhaben ist aus dem Kongress der Polnischen Frauen (Kongres Kobiet Polskich) hervorgegangen, der im Juni in Warschau stattfand.
25.09.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński nimmt den Bericht des Landesrundfunk- und Fernsehrates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) an. Zuvor war der Bericht vom Sejm und vom Senat abgelehnt worden, was bei einer gleichzeitigen Ablehnung durch den Staatspräsidenten zu einer vorzeitigen Auflösung des KRRiT geführt hätte. Kaczyński begründet seine Entscheidung damit, dass eine Auflösung das derzeit im KRRiT herrschende Chaos verstärken würde. In der letzten Zeit war es zu heftigen Kontroversen um den Chef des staatlichen Polnischen Fernsehens (Telewizja Polska – TVP) Piotr Farfal und seine Abberufung gekommen.
26.09.2009	Auf dem Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird ein neues Parteistatut verabschiedet, das die Funktionsweise der Partei effektiver machen und 2010 in Kraft treten soll. U. a. wird ein zentrales Politisches Komitee mit Organisationsaufgaben und ein Exekutivkomitee mit ausführenden Kompetenzen eingerichtet werden. Außerdem sollen die Vorsitzenden an der Parteibasis künftig nicht mehr von übergeordneter Stelle bestimmt, sondern von der Basis selbst gewählt werden.
27.09.2009	Während der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Entstehung des Polnischen Untergrundstaates während der Zeit der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg unterstreicht Staatspräsident Lech Kaczyński die Bedeutung dessen Tradition, da es auch in der Gegenwart Tendenzen gäbe, den polnischen Staat zu schwächen. Diesen gelte es sich zu widersetzen.
29.09.2009	Die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) veröffentlicht einen Bericht, der einen Anstieg der Schulden der öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 auf über 55 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) prognostiziert. Polen hat ein rechtlich festgelegtes Warnsystem, das der Kontrolle der Staatsverschuldung dienen soll. Dessen Stufen liegen bei einer Verschuldung in Höhe von 50 %, 55 % und 60 % des BIP.
29.09.2009	Der Ministerrat verabschiedet das Haushaltsgesetz für 2010, das eine Verschuldung der öffentlichen Finanzen von maximal 52,2 Mrd. Zloty vorsieht. Das Haushaltseinkommen wird mit 248,9 Mrd. Zloty angesetzt, die Ausgaben sollen sich auf maximal 301,1 Mrd. Zloty belaufen.
29.09.2009	Der ehemalige Ministerpräsident Włodzimierz Cimoszewicz verliert bei der Wahl des Generalsekretärs des Europarates gegen den zweiten Kandidaten, den ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Thorbjørn Jagland.
01.10.2009	Das Wirtschaftsgericht (Sąd Gospodarczy) in Warschau nimmt den neuen Aufsichtsrat des staatlichen Polnischen Fernsehens (Telewizja Polska – TVP) in das Register auf. Neuer Vorsitzender ist Bogusław Szwedo, der den politisch umstrittenen Piotr Farfal ablöst.
01.10.2009	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Vorsitzende des Finanzausschusses im Sejm, Zbigniew Chlebowski, wird seiner Ämter enthoben. Grund dafür sind die vom Zentralen Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) aufgedeckten Verbindungen Chlebowskis zur Glücksspielbranche im Zusammenhang mit Änderungen im Glücksspielgesetz. Ministerpräsident Donald Tusk (PO) teilt mit, er sehe im Verhalten Chlebowskis keine Anzeichen von Korruption, bewerte es aber als unangemessen. Nachfolger von Chlebowski wird der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der PO, Grzegorz Dolniak.
02.10.2009	Marek Edelman, ehemaliger Anführer des Warschauer Ghettoaufstands und Protagonist im Warschauer Aufstand, stirbt im Alter von 87 Jahren in Warschau. Edelman war darüber hinaus in der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen aktiv.



03.10.2009	Auf einer Pressekonferenz erklärt Sportminister Mirosław Drzewiecki, er habe keinen unerlaubten Einfluss auf die Änderungen im Glücksspielgesetz genommen und sehe keinen Anlass, seinen von der Opposition geforderten Rücktritt einzureichen. Im Zusammenhang mit der sogenannten Glücksspielaffäre war der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Vorsitzende des Finanzausschusses im Sejm, Zbigniew Chlebowski, seiner Ämter enthoben worden.
04.10.2009	Nach der Zustimmung der irischen Bevölkerung zum EU-Reformvertrag von Lissabon in einem Referendum appelliert Ministerpräsident Donald Tusk an Staatspräsident Lech Kaczyński, den EU-Reformvertrag von Lissabon so schnell wie möglich zu unterschreiben. Von einer schnellen Ratifizierung hänge die Stärke und die Position Polens in der Europäischen Union ab. Der Vertrag muss auch noch von Tschechien ratifiziert werden. Im Vorfeld hatte Kaczyński seine Unterschrift vom Ausgang des Referendums in Irland abhängig gemacht.
05.10.2009	Der Leiter der Präsidiatkanzlei, Władysław Stasiak, unterstützt die Forderung der Opposition, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, um zu klären, ob Politiker der Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Kontakte zur Glücksspielbranche hatten und Einfluss auf Änderungen des Glücksspielgesetzes genommen haben.
05.10.2009	Auf einer Pressekonferenz gibt Sportminister Mirosław Drzewiecki seinen Rücktritt bekannt. Ihm wird vom Zentralen Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) vorgeworfen, unerlaubten Einfluss auf die Änderungen im Glücksspielgesetz genommen zu haben.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen